

Bezugspreis:
Stückpreis 1,40 Mk. monatlich 1,50 Mk.
frei ins Haus, vorausgehender Einzelne
Nummern 10 Pfennig. Postbeitrag:

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die Nebengeldspalte...
Die Nebengeldspalte...
Die Nebengeldspalte...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 10. Oktober 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Drei Rückfragen Wilsons.
Günstige Aussichten für den Frieden.

Washington, 8. Oktober. Der Staatssekretär hat dem schweizerischen Geschäftsträger folgende Antwort auf die deutsche Note übergeben:

Staatsdepartement vom 8. Oktober 1918.

Mein Herr! Ich habe die Ehre, im Namen des Präsidenten den Empfang Ihrer Note vom 6. Oktober zu bestätigen, die die Mitteilung der Deutschen Regierung an den Präsidenten einschloß, und ich bin von dem Präsidenten beauftragt, Sie zu bitten, dem deutschen Reichskanzler folgende Mitteilung zu machen:

Ehe er auf das Ansuchen der Kaiserlich Deutschen Regierung antwortet und damit die Antwort so aufrichtig und gradlinig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern.

Meint der Reichskanzler, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt, und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?

Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlag eines Waffenstillstands zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden (assoziiert) ist, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, so lange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube bei jeder Diskussion (the good faith of any discussion) würde offensichtlich von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen.

Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht (constituted authorities of the empire), die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.

Robert Lansing.

Anmerkung des B.Z. Die Antwort des Präsidenten Wilson liegt hier in einem amtlichen Text noch nicht vor. Eine genaue Prüfung des Wortlautes ist vorerst noch nicht möglich. Immerhin ergibt sich aus dem Text, daß weitere Erklärungen von Seiten der Deutschen Regierung notwendig werden. Dazu sind sorgsame Erwägungen der Regierung erforderlich. Die Antwort auf die Schlussfrage ist durch die Rede des Präsidenten Fehrenbach in der Reichstagsdebatte vom 5. dieses Monats gegeben, der im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages erklärte, daß der Reichstag das Friedensangebot billige und sich zu eigen mache.

Zu dieser Meldung, die wir gestern 3 Uhr nachmittags durch eine Sonderausgabe unseres Blattes verbreiteten, bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf den deutschen Friedensschritt ist bei den wichtigsten amtlichen Stellen heute bekannt geworden und wird in Kürze mitgeteilt werden. Wir haben Grund zur Annahme, daß sich eine Weiterführung des Friedensschrittes ermöglichen wird.

Die deutsche Note vom 5. Oktober hatte den Präsidenten der Vereinigten Staaten erjudet, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen. Englische, französische und spanische Chauvinisten haben dagegen gewettert, von Frieden könne keine Rede sein, erst müsse Deutschland gänzlich geschlagen und vernichtet werden. Es war ein unfreundlicher Aufstand. Gälte sich das Gerücht bewahrheitet, daß gestern mittig in Berlin verbreitet war, Wilson habe das Friedensangebot rundweg abgelehnt, so würde das nur den Auffassungen und Erwartungen der westeuropäischen Kriegstreiber entsprechen haben.

Die Antwort aus Washington, die mittlerweile in Berlin eingetroffen war, zeigt im Gegenteil, daß Präsident Wilson dem deutschen Ersuchen unter bestimmten Voraussetzungen zu entsprechen geneigt ist. Um sich darüber zu vergewissern, ob diese Voraussetzungen gegeben sind, hat er drei Rückfragen an die deutsche Regierung gerichtet, von deren Beantwortung das weitere abhängt. Schon die kurze Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“

zeigt, daß die deutsche Regierung diese Rückfragen in einer Weise beantworten zu können glaubt, die die Fortführung des Friedensschrittes ermöglicht.

Gegenüber ungeduldrigen Erwartungen wird jedoch noch eines hervorgehoben werden müssen. Von der Antwort auf die drei Rückfragen wird unmittelbar nur die weitere Haltung Wilsons selbst abhängen, aber nicht die der mit ihm verbündeten Ententemächte. Streng genommen ist es noch immer möglich, daß Wilson nach einer ihn befriedigenden Beantwortung seiner Rückfragen den erwünschten Friedensschritt unternimmt, aber damit bei seinen Verbündeten auf Widerstand stößt, sei es im dem Sinne, daß sie den Frieden überhaupt ablehnen, sei es, daß sie ihn durch Stellung unerträglicher Bedingungen zu vereiteln suchen. Gegen das Eintreten eines solchen Falles wirkt aber wohl die ungeheure Autorität, die Wilson in den Ententeländern genießt und die Unterstützung, die ihm von Seiten der dortigen Friedensfreunde, namentlich der französischen Sozialisten und der englischen Arbeiterpartei, zuteil wird.

Auf alle Fälle zeigt sich, daß die deutsche Regierung tatsächlich richtig operiert hat, indem sie sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten wandte.

Von den drei Rückfragen Wilsons sind die erste und die dritte politische, die zweite ist militärischer Natur. Daß die beiden politischen Fragen keine Schwierigkeiten bieten, kann nach unserer Meinung nicht zweifelhaft sein.

Die erste Frage geht dahin, ob die deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Wilson in seiner Botschaft vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt und ob ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen. Die Antwort auf diese Frage bot die deutsche Note, richtig verstanden, schon enthalten. Wenn man sagt, daß man ein Programm als Verhandlungsgrundlage annimmt, so ist damit auch schon ausgesprochen, daß man sich dieses Programm grundsätzlich zu eigen gemacht hat und daß es nur noch auf die Einzelheiten seiner Ausführung ankommt.

Auch die dritte Frage wird, wenn ihr eigentlicher Inhalt erst geklärt ist, auf alle Fälle eine befriedigende Antwort finden können. Die deutsche Uebersetzung gibt diese Frage folgendermaßen wieder:

Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein,

Die neue Schlacht zwischen Cambrai und St. Quentin: Einbruch in die Mitte der deutschen Front aufgefangen — Cambrai geräumt — In der Champagne heftige Kämpfe bei St. Etienne, östlich der Maas zwischen Brabant und Ornes.

Berlin, 9. Oktober 1918, abends. Amtlich.

An der Schlachtfront zwischen Cambrai und St. Quentin haben wir rückwärtige Stellungen bezogen und damit auch Cambrai geräumt. Teilkämpfe in der Champagne.

Auf beiden Maasufsern haben sich erneute Angriffe des Feindes entwickelt.

Amtlich. Großes Hauptquartier, Berlin, 9. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Cambrai und St. Quentin ist die Schlacht von neuem entbrannt. Unter Einsatz gewaltiger Artilleriemassen und unter Zusammenfassung von Panzerwagen und Fliegergeschwadern griff der Engländer im Verein mit Franzosen und Amerikanern unsere Front von Cambrai bis St. Quentin an. Auf dem nördlichen Angriffspfad war der Ansturm des Feindes nach hartem Kampf gegen Mittag weidlich der von Cambrai auf Sochain führenden Straße gebrochen. In den Abendstunden sind hier erneute Angriffe des Feindes gescheitert. In beiden Seiten der n. Richtung Le Cateau führenden Römerväse gelang dem Gegner ein tiefer Einbruch in unsere Linien. Wir fingen keinen Stoß in der Linie Balincourt—Elincourt und weidlich von Sochain auf. Auf dem Südpfad des Angriffs konnte der Gegner nur wenig Gelände gewinnen; die südlich von Montbrechain kämpfenden Truppen schlugen alle Angriffe des Feindes in ihrer vorderen Anstrierstellung ab. Durch den Einbruch in der Mitte der Schlachtfront in ihrer Flanke bedroht, mußten sie am Abend ihren Pfad an den Westrand von Fresnoy-le Grand zurücknehmen.

ob der Kanzler nur für diejenigen verfassungswürdigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben.

Darauf ist schon durch B.Z. halbamtlich geantwortet worden: Nein, der Kanzler spricht nicht „nur“ für diese Gewalten, sondern spricht im Namen des deutschen Volkes, wofür die Erklärung des Reichstagspräsidenten Fehrenbach als Beweis angeführt wird. Das englische Wort, das mit „nur“ überseht wird, heißt aber „merely“, und dieses hat auch den Sinn von „völlig“ oder „durchaus“. Der Sinn von Wilsons Frage könnte daher auch sein, ob der Kanzler durchaus (ganz im Sinne) derjenigen verfassungsmäßigen Gewalten gesprochen habe, die bisher den Krieg geführt haben.

In diesem Fall hätte die Anfrage Wilsons den Zweck, festzustellen, ob nicht nur die neue Macht, das deutsche Volk, sondern auch die alte, die Militärmonarchie, mit dem Schritt der neuen Regierung einverstanden sei. Diese Frage könnte aus der Besorgnis entstanden sein, daß die alte Macht, wenn sie mit dem Friedensschritt nicht einverstanden wäre, ihn widerrufen könnte, indem sie zugleich wieder die ganze Gewalt an sich riffe. Darauf wäre dann zu erwidern, daß erstens die vollzogene innere Umwandlung nach der Erklärung des Kanzlers und dem Willen des Volkes nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, und daß sich zweitens die alte Macht mit ihr und mit dem vollzogenen Friedensschritt der neuen Regierung in Erkenntnis der Notwendigkeit vollkommen einverstanden erklärt hat.

Von der zweiten Frage ist schon gesagt worden, daß sie vorwiegend militärischer Natur ist, was soviel bedeutet, daß sie insofern in diesem Augenblick nach der öffentlichen Diskussion entzogen ist. Vom politischen Standpunkt aus stellt sich die Sache aber so: Da Deutschland erklärt, von den besetzten Gebieten nichts behalten zu wollen, so ist ihre Räumung nur eine Frage des Zeitpunktes und der Modalitäten. Es ist nicht leicht anzunehmen, daß sich an diesem Punkte unübersteigbare Schwierigkeiten für das begonnene Friedenswerk erheben könnten. Auch die kurze halbamtliche Mitteilung, die in die Absichten der deutschen Regierung einen ersten Einblick gestattet, scheint hier keine Gefahr zu sehen, da sie in Kenntnis der amerikanischen Note versichert, daß sich eine Weiterführung des Friedensschrittes ermöglichen wird.

Die franke Welt alleicht in diesem Augenblick einem Genesenden, dem die Hoffnungslosne freundlich durchs Fenster blickt. Aber noch muß man sich auf Rückschlüsse gefaßt machen!

In der Champagne nahmen Franzosen und Amerikaner zwischen der Suippe und weidlich der Aisne unter großer Kraftentfaltung ihre Angriffe wieder auf. Auch sie erstreckten nach aufgefundenen Beichten erneut den Durchbruch durch unsere Front. Nur beiderseits von St. Etienne brach der Feind in unsere Linien ein. In den Nachmittagsstunden angeleiteter Gegenangriff warf den Gegner hier wieder zurück. An der übrigen Front sind die Angriffe des Feindes völlig gescheitert. Derzeitige Einbruchsstellen wurden im Gegenstoß wieder geläubert. Teilsangriffe an der Aisne und sehr heftige Angriffe der Amerikaner am Ostrand des Argonner Waldes und im Aire-Tal wurden abgewiesen.

Auf dem Osnfer der Maas griff der Feind zwischen Brabant und Ornes nach harter Artilleriewirkung an. Der in den Wald von Condevohe eindringende Gegner wurde dort zum Stehen gebracht. An der übrigen Front schlugen wir ihn vor unseren Kampfslinien ab.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 9. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das italienische Artilleriefeuer erfuhr an der ganzen Westfront beträchtliche Steigerung. Im Donneral, an der Gisch und unmittelbar östlich der Brenta kam es zu Infanteriekämpfen die für uns günstig verliefen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In Albanien sind Franzosen und Serben in das von uns geräumte Elbassau eingedrückt.

Im südlichen Alt-Serbien keine besonderen Ereignisse.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den schritten schweren Abwehrkämpfen bei Verdun haben die österreichisch-ungarischen Truppen des Feldmarschall-Leutnants Negger rühmlich Anteil genommen.

Der Chef des Generalstabes.

Se, sobald es von deutscher Seite abhängt, zu vermeiden oder, wenn sie doch eintraten, rasch zu überwinden, ist unser aller gemeinsame Aufgabe. Darum ist es notwendig, jeden Tag zu wiederholen, daß sich der Abbruch des Krieges in voller freier Festigkeit und in ungestörter Ordnung vollziehen muß. Um die französischen Feinde des Friedens zu dämpfen, hat Genosse Bonquet kürzlich darauf hingewiesen, daß Deutschland noch über ein Heer von neun Millionen wohlgeübter Streiter verfügt. Der Sache des Friedens wäre ein schlechter Dienst erwiesen, wenn seine Gegner dieses Argument niederschlagen könnten mit der verächtlichen Behauptung: „Ach, die zählen nicht mehr!“ Wir alle müssen jetzt unsere schwere Pflicht nach allen Kräften tun: die drinnen, indem sie für die rasche Herbeiführung des Friedens alles tun, und die draußen, indem sie an ihrer barben, mit keinem Wort der Dankbarkeit bergeliebten Aufgabe festhalten bis zu dem Augenblick, der die Erlösung bringt. Regungen der Ungeduld, so sehr sie menschlich begreifbar wären, könnten nur zerstören, was jetzt für das Heil kommender Generationen gebaut werden soll.

Ein Krieg, der vier Jahre und zwei Monate dauert, der die ganze Welt in wilde Bewegung gebracht hat, kann nicht binnen vierundzwanzig Stunden zum Abschluß gebracht werden. Noch ist der Hafen nicht erreicht. Aber den ungeduldig Harrenden dürfen wir heute zurufen: Seid guten Mutes und voll Zuversicht! Nicht lange kann es mehr dauern, bis das Morben endet. Ein paar Monate später aber sollen wir uns in einer Welt wiederfinden, die ihre Kinder nicht mehr für die Schlachtkampfbank erzieht. In manchen werden wir uns fügen und finden müssen, aber wir werden uns daran gewöhnen, wenn uns Raum zum Schaffen bleibt, wenn wir insstand gesetzt sein werden, vom Lohn unserer Arbeit die Unseren zu ernähren und an dem Aufstieg der Menschheit mitzuarbeiten. Von dem Fürchtbaren, das wir erlebten, werden wir uns innerlich befreien, wenn wir zum Schluß die Ueberzeugung ausgesprochen können:

Das war der letzte Krieg!

Die französische Sozialistenadresse an Wilson.

Auseinandersetzungen an dem Parteitag.

Bern, 9. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der französische Parteitag zeigte, daß keine Gruppe die absolute Mehrheit besitzt. Die ehemalige Mehrheit inkl. der Rechtsgruppe brachte es auf 1440, die Langzeitgruppe auf 1300, die Mittelgruppe auf 210 Stimmen. Die Diskussion über die Botschaft an Wilson zeigte Uneinigkeit bei der Minderheit. Cachin legte in seiner Eröffnungsrede eine Resolution vor, welche die Verantwortung der Entente-Regierungen im Fall einer rein negativen Politik hervorhob und eine Politik auf Basis der vierzehn Punkte Wilsons, der unendlichen Kriegskolonie sowie eines Herantretens an die Gegner forderte, um diese zu einer konkreten Erklärung über ihre Ziele zu veranlassen. Dies sollte geschehen, damit die gesamte Arbeiterklasse zwischen beiden Lösungen wählen könne.

Cachin schlug vor, diese Resolution einer Kommission zur endgültigen Redigierung zu übergeben, was Renaudel und Compté Korel unterstützten. Die neunköpfige Kommission umfaßte vier Minderheitsler, drei Mehrheitsler inkl. Cachin, Renaudel vom Zentrum und den Zimmerwalder Bloc.

Rayeras referierte über den Text der Botschaft, gegen den nur kleine Einwendungen erhoben hatte. Der Minderheitsler Faure bemängelte in der Resolution die Hervorhebung der proletarischen Aktion, wogegen Rayeras einwandte, es handele sich doch um eine Adresse an Wilson, den man ja nicht zum Sozialisten machen wolle. Der Zimmerwalder Raffen-Dugens würdigte die Einwände Rayeras, unterließ aber gleichwohl den Text der Botschaft. Der Minderheitsler Trojard sagte: Die offenbar beeinflusste bürgerliche Presse fordert die Verwerfung der Vorschläge der Zentralmächte. Wir müssen schnell handeln. Wir verzichten nicht auf die internationale Aktion, haben aber die Pflicht, unsere Meinung Wilson sofort kundzutun. Riffhand bemängelte in einer heftig unterbrochenen Rede, daß die Botschaft den Umstand begreife, daß die Zentralmächte ihren Vorschlag an Wilson adressiert hätten, da sie sich an alle Entente-Regierungen hätten wenden sollen. Auch sei es unrichtig, den Vorschlag als erste Einleitung zu Verhandlungen zu bezeichnen, da die nötigen Garantien fehlten. Die bloße Annahme des Programms Wilsons als Basis sei unzureichend, denn Schwedemann habe den Ausdruck Basis anlässlich des Memorandums der neutralen Sozialisten dahin ausgelegt, daß ein bloßer Rahmen für die Diskussion geschaffen werden solle.

Die Botschaft wurde schließlich gegen die Stimmen dreier Minderheitsler angenommen. Aus dem „Populaire“ geht hervor, daß Faure einen sofortigen Waffenstillstand und den Appell an die Internationale forderte, aber Wilsons Polemik gegen den Text der Botschaft beanstandete die Minderheitsler für diesen einzuweihen. Rayeras hinzugehörte Rede entfiel.

Renaudels Leitartikel über den von Wilson, Rayeras und Thomas ausgearbeiteten Text zeigt das gewöhnliche Lavieren Renaudels. Dieser hebt einerseits hervor, daß der Kongress erklärt habe, eine verächtliche Antwort wie die Clemenceaus auf die Vorschläge Wilsons sei nicht angängig, andererseits stellt er unter Unterbrechung der notwendigen militärischen und diplomatischen Garantien fest, daß der Parteitag vorläufig beschlossen habe, die Aktion Wilsons nicht zu behindern. Auf diese Weise proklamiert Renaudel den von Faure bekämpften Verzicht auf ein Eingreifen der Internationale.

Bern, 9. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Vorstand der Arbeiterkonföderation fordert eine gemeinsame Erklärung der Alliierten über Friedensbedingungen und erneuert ihren Protest gegen das Treiben der Geheimdiplomatie sowie gegen jeden die nationale Verteidigung überschreitenden offenen und verschleierte Imperialismus und Annexionsismus.

Der Rhodener Deputierte Gobart brachte einen Vorschlag ein, eine Arbeiterkommission mit einem Referat über internationalen Arbeiterschutz zu beauftragen, welcher zwischen den Verbündeten vereinbart und bei Friedensschluß den Gegnern auferlegt werden soll. (Internationaler Vereinbarungen über Arbeiterschutz hat der Deutsche Reichstagler als ein Friedensziel der deutschen Regierung bezeichnet. Es wird also nicht nötig sein, Deutschland solche Bestimmungen aufzuerlegen, ganz abgesehen davon, daß bei der Vereinbarung eines gleichmächtigen internationalen Arbeiterschutzes es sich herausstellen dürfte, daß für Deutschland der zu machende Schritt getingter sein wird als für manchen andern Staat. Red. d. „Vorwärts“.)

Renaudel über den Umschwung in Deutschland.

Ein zensurierter Artikel Herbes.

Bern, 9. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der „Humanité“, die jetzt den verschiedensten Richtungen das Wort verleiht, schreibt Renaudel am Sonntag über den Eintritt der deutschen Sozialdemokraten in die Kaisertruppe sehr spöttisch. Er meint aber zugleich, daß dieses Faktum dem Kaiser zum ersten Male gestalte, sich mit einem Schein dem Recht auf den Boden der nationalen Verteidigung zu stellen. Damit wählen die verbündeten Diplomaten rechnen. Im Schlußsatz, der nach dem Bekanntwerden der deutschen Friedensnote geschrieben ist, sagt Renaudel, daß der Frieden nur ein Werk der Götter sein könne und keine Kräfte das verhindern könnten. Die Redaktion des Blattes gibt die Rede Wilsons vom 27. September nochmals wieder, von der sie sagt, daß sie verfälscht und entstellt in Frankreich bekannt gegeben worden sei.

In der „Victoire“ schrieb Herbe: „Es ist nicht Wilson, der in der Ferner weiß und in militärischen Fragen unzufänglich ist, von dem man die militärischen Bedingungen des Waffenstillstandes fordern soll, es ist jemand, der weit näher und kompetenter als Wilson ist, diese wesentliche militärische Frage zu regeln. Er heißt Marshall Foch.“

Die Zensur hat, offenbar aus Respekt vor Wilson, diese Zellen gestrichen. Aber infolge eines Versehens des Zensors kamen sie durch einen Abdruck in der „Humanité“ zur allgemeinen Verbreitung.

Husarell zur Friedensnote.

Zustimmung des Reichspräsidenten.

Wien, 8. Oktober. Im Abgeordnetenhaus machte Ministerpräsident Husarell offizielle Mitteilung von der an Präsident Wilson gerichteten Friedensnote und sagte:

Dieser neue hochbedeutsame Akt... ist ein Beweis dafür, daß die verbündeten Mächte jene Wege zu wandeln bereit sind, die auch nach den Manifestationen der andern Seite tatsächlich zum Ziele zu führen vermögen. Ich will nicht verkennen, daß die Annahme jener Verhandlungen als Grundlage, abgleich wir uns diese in vielen und wesentlichen Dingen zu eigen gemacht und sie von vornherein nur wärmstens begrüßen konnten, doch in manchen Einzelheiten

eine Modifikation der politischen Auffassungen

bedingt, an denen die öffentliche Orientierung auf unserer Seite bisher festgehalten hat. Nichtsdestoweniger rechne ich darauf, daß das Haus den neuerlichen Friedensschritt billigen und ihm dadurch namens der österreichischen Völker jenen Ausdruck verleihen wird, dessen er bedarf, um in der Zeit, in der die mündigen Völker der Welt ihre Zukunft selbst bestimmen, erfolgreich zum Durchbruch zu gelangen. Der Kraft dieser Idee wollen wir so auch unsere innere Friedensgestaltung anvertrauen, hoffend, daß auch hier aus der freien Selbstbestimmung der Völker

ihre Zusammenwirken nach den gemeinen Zielen hervorzurufen wird. Die Antwort der Gegner, die in Verhöhnung unserer Bereitwilligkeit entgegenzukommen, rücksichtslosen Vernichtungswillen entfallen würde, hätte auf der Seite der verbündeten Mächte mit der unbedingten Entschlossenheit zu rechnen, Ehre und Bestand gemeinsam bis zum Letzten zu verteidigen. In diesem weltgeschichtlichen Augenblick dürfen wir aber doch der Hoffnung Ausdruck geben, daß der gesamten Menschheit solche letzte fürchtbare Entscheidung erspart bleiben wird. (Beifall.)

Präsident Dr. Groß erklärte: Was die Stellung der Parteien zur Friedensfrage wie immer sein, sie werden sich begegnen in der Benutzung darüber, daß wir endlich dem Frieden entgegengehen. Daß dieser Friede nur ein gerechter und ehrenvoller sein kann, dafür bürgt die allgemeine Kriegslage.

Ein bemerkenswerter Aufsatz der „Times“.

Bern, 9. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Um die Aktion für den Völkerverbund zu kräftigen, bereiten zwei der größten englischen Verbände, die auf dem Boden des Völkerverbundes stehen, ihre Verschmelzung vor. Sie halten an diesem Donnerstag eine gemeinsame Versammlung ab, in der Grey spricht. Aus diesem Anlaß veröffentlicht die „Times“ einen Leitartikel, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, der neue Verband werde aus sich jene Seite ausscheiden, die den künstlichen Völkerverbund mit einem sofortigen Verhandlungsfrieden verwechselte. Die Rede Wilsons sei falsch verstanden worden. Wenn Wilson sagte, daß der Völkerverbund jetzt nicht gebildet werden könne, so meinte er nicht, daß man seine Vorbereitung bis zum Frieden aufschieben solle. Vielmehr dürfe kein Augenblick verloren werden, wenn auch die Idee des Völkerverbundes selbst alt sei, so sei doch neu die Entschlossenheit des größten Teils der Verbündeten, dafür zu sorgen, daß der Krieg langsam kein Mittel mehr zur Beilegung von Konflikten zwischen zivilisierten Nationen sein dürfe. Darum, führt das Blatt, die „Times“, fort, muß der Frieden so gerecht sein, daß er seine neue Ursache der internationalen Erregung zurückläßt, er muß militärische und wirtschaftliche Strafmaßnahmen für künftige Friedensstörer schaffen. Die „Times“ wünscht mehr Klarheit bezüglich des Verhältnisses zu halbzivilisierten und unentwickelten Völkern sowie über den Wirtschaftsfrieden, und vermutet, daß Wilson den einzelnen Mitgliedern des Völkerverbundes weitgehende wirtschaftliche Autonomien auferlegen, aber niemanden dauernd von den Rohstoffquellen und Absatzmärkten ausschließen wolle. Wenn die Fragen der Abrüstung und der Einrichtung einer internationalen Autorität auch noch schwierig und nebelhaft sind, so besteht kein Grund, nicht ihre Lösung zu suchen.

In dem Augenblick, in dem die französische Chauvinistenpresse Wilsons Ideen verspottet und bedingungslos die dauernde Anrechtenschaft des deutschen Volkes predigt, muß diesem ganz anders klingenden Aufsatz der „Times“, die bisher doch wahrlich auch nicht zu den Pazifistenblättern Englands zu rechnen war, besondere Bedeutung zugeschrieben werden.

Die Umwälzung Oesterreichs.

Der Zusammenbruch der Nationen.

Wien, 8. Oktober. Eine von den „Deutschen Nachrichten“ veröffentlichte parteiliche Verlautbarung besagt: Der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien hat in täglich fortgesetzten Sitzungen über die gemeinsame Grundlage für den Zusammenbruch aller deutschen Abgeordneten zu einer Gesamtsammlung und über eine gemeinsame nationale Rundschreibung beraten, in welcher die Stellung des deutschen Volkes in Oesterreich neu bestimmt und für eine unabhängige Volkspolitik die Zukunftslinie gezogen werden soll. Der Verbandsausschuß war dabei von dem Bestreben geleitet, alles zu vermeiden, was das Zustandekommen dieser nationalen Einheit aller deutschen Abgeordneten und damit auch die

nationale Einheit des ganzen deutschen Volkes in Oesterreich fördern könnte.

Wien, 9. Oktober. Im Finanzausschuß beantragte Rastlka mit Rücksicht auf die allgemeine Lage die Vertagung der Verhandlungen. Finanzminister Freilich d. Winter trat dem Antrag entgegen und erklärte, daß die Regierung selbstverständlich auf dem Boden der gegenwärtig geltenden Verfassung stehe. Wenn auch Änderungen im haushälterischen Bau Oesterreichs bevorstünden, werde die Arbeit, die im Anschluß geleistet werde, keine überflüssige sein, denn Steuern seien auch für ein staatsrechtlich ausgefakertes Oesterreich notwendig. Die Regierung müsse daher dringend bitten, die Verhandlungen im Anschluß fortzusetzen und die Vorlagen ehestens der Erledigung zuzuführen.

Der Ausschuß für Neubesetzung der österreichischen Telegraphen ist für den 10. Oktober zur Einigungnahme einer Erklärung des Ministers des Reichs einberufen.

Rücktritt des türkischen Kabinetts.

Konstantinopel, 8. Oktober. Wie das Blatt „Balk“ erfährt, hat Großwesir Talaat Pascha dem Sultan die Demission des Kabinetts überreicht, welche angenommen worden sei.

Die Leitung der Geschäfte bis zur Bildung des neuen Kabinetts sei dem früheren Vizekonsul in London Tewfik Pascha übertragen worden.

Das Kabinet Talaat Pascha galt als Ausdruck des ganz besonders gefestigten Einverständnisses mit dem Berliner Zentrum mittelmächtlicher Kriegspolitik.

Amsterdam, 9. Oktober. Der kürzlich wegen seiner pro-Alliierten Gesinnung abgesetzte Gouverneur von Smyrna Rahim Bey hat Abgeordnete nach Athen geschickt, um mit den Alliierten in Verbindung zu treten.

Holländische Grenzschließungen.

Aufhebung der Urlaube.

Der holländische Minister Ruys de Beerenbrouck hat am Dienstag zu Beginn der Kammer Sitzung mitgeteilt, daß sich die Regierung mit Rücksicht auf die Kriegslage und um sich eine genügende Kriegsmacht zu sichern, genötigt gesehen hat, die allgemeinen Urlaube und die kurzfristigen Urlaube der in Holland liegenden Truppen aufzuheben. Die Regierung wird auch in anderen Provinzen dieselbe Maßregel ergreifen, sobald sich die Notwendigkeit dazu ergibt. Die Erklärung lautet nach der Niederländischen Telegraphenagentur: Die Kriegslage in dem an Zeeländisch-Flandern grenzenden westlichen Teile Belgiens macht es notwendig, daß die Regierung auf die Eventualitäten, die daraus für unser Land entstehen können, Rücksicht nimmt. Wenn fremde Truppenteile eines der beiden Kriegführenden oder beider unsere Grenzen überschreiten sollten, so erlegt uns des Völkerrechts die Pflicht auf, sie zu internieren. Auch besteht die Möglichkeit, daß wieder eine Anzahl Flüchtlinge bei uns Gastfreundschaft suchen wird, in welchem Falle die Behörden in der Lage sein müssen, die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Die Regierung hat sich deshalb, um über genügende Truppen zu verfügen, genötigt gesehen, die allgemeinen methodischen Urlaube und die besonderen Urlaube von kurzer Dauer für die in Holland liegenden Truppen aufzuheben. Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, auch für andere Provinzen oder überhaupt in weitgehendem Maße zu einer vorübergehenden Aufhebung der Urlaube überzugehen, so wird der Befehl dazu erteilt werden.

Das Ende des Bündnisses mit Bulgarien.

Die Okkupation durch die Entente.

Die bulgarische Telegraphenagentur feiert zum Zusammenbruch des Bündnisses zwischen Bulgarien und den Mittelmächten folgende Erklärung bei: Gewisse Organe der öffentlichen Meinung in Deutschland werden der bulgarischen Regierung vor, der öffentlichen Meinung und der Krone das am 23. September zu Berlin abgeschlossene Abkommen verheimlicht zu haben, laut dem die ganze Dobrußcha Bulgarien zugehört. Dieser Vorwurf ist unangebracht und ungerecht. Als die Nachricht von diesem Abkommen nach Sofia gelangte, war an der macedonischen Front alles zu Ende, und nichts, außer dem Friedensschluß konnte die Gemüter mehr beruhigen. Die Veröffentlichung der Nachricht über die Dobrußcha in diesen schweren Tagen wäre gleich einer bitteren Ironie gewesen und hätte das Ansehen des Bündnisses durchaus nicht erhöht.

Der gezeichnete König von Bulgarien hat eindringlich dem Wiener Vertreter des „Berl. Tagbl.“ versichert, daß er das Bündnis gehalten habe, und es liegt auch gar kein Grund vor, an der Wahrheit dieser Worte zu zweifeln. Aber der Fall Bulgarien zeigt, was so ein Geheimbündnis zwischen Potentaten wert ist, wenn der Regierungszustand wechselt. Es dürfte sich ja aus dem Weltkrieg u. a. auch die Lehre ergeben, nicht Vorkasien und Gefandtschaften bei anderen Höfen, sondern nur bei den anderen Regierungen zu unterhalten.

Selbstverständlich hätte auch ein von der Cobranje feierlich beschlossenes Bündnis übermäßigen Veränderungen der Lage nicht standgehalten. Der Fall Bulgarien scheint Wilsons Forderung zu unterstützen, daß neben dem Völkerverbund keinerlei Sonderabmachungen getroffen werden dürfen.

Der Vertreter der Transocean-Gesellschaft meldet vom Dienstag: Heute vormittag fand im Eisenbahnministerium unter Teilnahme von Kozlov (Generaldirektor der Eisenbahnen und Telegraphen), General Ludow, dem französischen Obersten Drouot und zwei englischen Offizieren eine große Sitzung statt. Auf der Tagesordnung steht die Uebernahme der bulgarischen Eisenbahnen, Straßen, Häfen, des Telegraphen und Telephonens durch die Entente-Kontrollkommission, sowie die Besprechung über die Transportmöglichkeiten der Ententetruppen zu der ihnen vertragmäßig zustehenden Besetzung des strategischen Punkte in Bulgarien. Geplant wurde Gueschem an der albanischen Grenze von der Entente besetzt, heute A. Ü. in der Nacht vom 10. zum 11. Oktober soll ein französisches Regiment nach Sofia kommen, wahrscheinlich über Rüstendil. Von den unter den Waffen gehaltenen fünf Jahrgängen der bulgarischen Truppen (Jahrgang 88-92) werden die 4., 8. und 10. Division neu aufgestellt und diese drei Divisionen bilden die den Bulgaren zugehörige Truppenmacht. Der 20. Vertreter stiftet hinzu: Mehr und mehr bricht sich in der Bevölkerung die Erkenntnis Bahn, daß für Bulgarien noch lange nicht Frieden ist, sondern Okkupation durch die Entente und Krieg.

Als Ministerkandidat wurde von den Narodniken noch der frühere Handelsminister Purov aufgestellt.

Zur Reichstagswahl in Berlin I.

Alle Genossen und Genossinnen aus Groß-Berlin, die bereit sind, am 15. Oktober Wahlhilfe zu leisten...

Ein Aufruf der Konservativen.

Das Vaterland ist in Gefahr!

Der weitere Vorstand der deutschkonservativen Partei hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Das Vaterland ist in Gefahr. Mit unerhörter Wucht führt feindliche Uebermacht gegen unsere Rauer im Westen.

Was unseren Vätern und uns heilig und teuer gewesen ist, steht auf dem Spiele: Preußen, der Staat Friedrichs des Großen, für den unsere Väter in den Befreiungskriegen geblutet haben...

Wenn der Präsident Wilson für den Eintritt in Friedensverhandlungen oder bei ihnen Bedingungen stellt, deren Annahme Deutschlands Ehre und Unversehrtheit, unser nationales Dasein und die wirtschaftliche Zukunft aller Volksteile vernichten würde...

So schwer auch die Bedenken gegenüber der neuen Steuerung unserer innerpolitischen Zustände sein mögen, sie müssen zurücktreten, solange es gilt, das deutsche Volk wie ein Mann im entscheidenden Kampfe zusammenzufassen.

Für diese unsere heiligen Güter wollen wir weiterkämpfen, wenn es sein muß, bis zum letzten Mann.

Auch dies ist die Stimme von Leuten, die erst im letzten Augenblick die Wirklichkeit erkannt haben.

Abrechnung im konservativen Lager.

Ein Warner, dem man nicht hörte.

Die Konservativen haben es durch ihren halsstarrigen Widerstand gegen die notwendigen Reformen erreicht, daß jetzt das Rad der Geschichte über sie hinweggeht. Während man sich im größten Teil des konservativen Lagers diese Tatsache noch nicht eingesehen will...

Politische Weisheit und Urteilsfähigkeit ist ja in der konservativen Partei mehr als in den andern in den Parteiführern konzentriert und infolgedessen wird den konservativen Subjunkten und Zeitungskleuten das Stromrädchen, Finger an die Hosennähe kommandiert...

Der konservativen Taktik selber wirft Röder folgendes vor: Statt die demokratische Welle aufzufangen, um für die notwendige Reformarbeit die richtigen Grenzen zu gewinnen, hat man den Einflüsterungen eines großförmigen und sabelraffelnden Scharfmachertums nachgegeben...

Hätte die konservative Partei nach meinen Vorschlägen sich ohne Vorbehalt, frei und ehrlich auf den Boden der preussischen Wahlscheidevorlage gestellt, so wäre der Geist der demokratischen Welle ohne weiteres aufgefangen und ihre Kraft gebrochen worden.

Der Glaube Röders, daß die Demokratisierung Deutschlands durch rechtzeitiges Nachgeben aufgehalten worden wäre, ist sicher irrig. Aber ebenso sicher ständen die Konservativen heute ganz anders da, wenn sie die kluge Taktik der englischen Konservativen befolgt hätten...

Eine Versammlung der Vaterlandspartei.

Wenn Hindenburg Ja sagt.

In einer Versammlung der Vaterlandspartei am Dienstagabend versicherte Eudulius Künzler, die Vaterlandspartei denke nicht daran, einzupacken, sie sei nötiger denn je.

Sie haben uns einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen versprochen. Wenn er anders ist und Hindenburg dazu Ja sagt, so wollen wir zusehen, wie die deutschen Röhren heimkehren werden.

Man könnte diese Menschen, die so furchtbar aus ihren Träumen erwacht sind, bedauern, wenn ihre Schuld am Reich...

nicht so ungeheuer groß ist. Was das Vaterland leiden muß, ist von denen herbeigeführt, die den Namen des Vaterlandes am lautesten im Munde führen!

Die Lage der Alters-, Invaliden- und Unfallrentner.

Eine sozialdemokratische Anfrage im Reichstag.

Reichstagsabgeordneter Genosse Meier-Brüdenau richtet an den Reichskanzler folgende Anfrage:

Angeht es der fortgeschrittenen Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel und aller sonstigen unentbehrlichen Gebrauchsgüter...

Was denkt der Herr Reichskanzler zu tun, um alsbald eine wirtschaftliche Besserstellung dieser armen Rentenbezieher herbeizuführen?

Die Durchsuchungen auf dem Lande.

Erklärung Waldow's

Auf eine Anfrage konservativer und nationalliberaler Abgeordneter über die Durchsuchungen auf dem Lande hat der bisherige Staatssekretär des Kriegsernährungsamts, Herr v. Waldow, geantwortet...

Amtlicher Schleichhandel.

Zu den amtlichen Stellen, die in obrigkeitlicher Eigenschaft den Kampf gegen Hamsterei und Schleichhandel zu führen haben, gehört auch die Bezirksstelle für Gemüse und Obst für den Regierungsbezirk Potsdam.

Auf die Lieferungen an Herrn Regierungsrat von Ranau, die Herren Dr. Mayer und Nathan bitte ich besondere Sorgfalt verwenden zu wollen...

Es wäre mir sehr lieb, wenn Sie die Sendungen im Laufe der nächsten Woche auf den Weg bringen lassen könnten. Die Rechnungen wollen Sie jedem Empfänger direkt zustellen.

Mit besten Empfehlungen auch an Ihre Frau Gemahlin Ihr sehr ergebener O. A. (Name unleserlich.)

Zu der erfreulichen Wahrnehmung, daß es danach mit der diesjährigen märkischen Obsternte doch nicht ganz so schlecht bestellt sein kann, wie die Obrigkeit uns eingureden sucht...

Die deutschen Gefangenen in Rußland.

Eine diese Angelegenheit betreffende Anfrage ist vom Kriegsministerium so beantwortet worden: Der Abtransport, der ohnehin durch die großen Entfernungen und Verkehrserschwerigkeiten in Rußland Verzögerungen erleidet...

Eine Prinzenprüfung.

Vollkommen befriedigende Leistung.

Die gestrige Nachmittags-Ausgabe von WB meldet feierlich:

Berlin, 9. Oktober. Die Minister des Innern und der Finanzen haben an Seine Majestät den Kaiser und König folgendes Telegramm gerichtet:

Eurer Majestät melden wir untertänigst, daß Seine Königliche Hoheit Prinz August Wilhelm von Preußen nach Anzeige der...

Prüfungskommission die große Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst mit dem Prädikat „vollkommen befriedigend“ bestanden hat.

Dieser bedeutungsvollen Nachricht folgt dann die Mitteilung über den Wechsel im Kriegsministerium und dieser wiederum die Antwort Lansing's auf die deutsche Friedensnote.

Für die innere Neugestaltung Sachsens.

Gleiches Wahlrecht und Volkregierung.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Sachsens hat in Gemeinschaft mit den Bezirksvorständen, dem Vorstande der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion und Vertretern des Gewerkschaftsausschusses eine Landesversammlung abgehalten...

Die Sozialdemokratische Partei Sachsens hat die Pflicht, ihr möglichstes zu tun, um den Programmpunkt der neuen Reichsregierung, wonach auch für die Landtage der Bundesstaaten das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt werden soll...

Die Landesregierung ist ferner der Ueberzeugung, daß für Sachsen eine neue Regierung herbeigeführt werden muß, die das Vertrauen des sächsischen Volkes besitzt.

Der Landesvorstand wird beauftragt, alle dazu notwendigen Schritte im Verein mit dem Vorstand der Landtagsfraktion unverzüglich zu tun.

Die Regierung ist zu veranlassen, den Landtag sofort einzuberufen, sowohl um die Wahlrechtsfrage zur sofortigen Erledigung zu bringen, als auch, um die Maßnahmen, die der bald zu erwartende Uebergang zu den Friedensverhältnissen erfordert, zu beschließen.

Nach einer Meldung der „Kreuz-Ztg.“ werden die Vertreter der sächsischen Regierung im Bundesrat zur Aufhebung des Art. 9 der Reichsverfassung eine unbedingt ablehnende Haltung annehmen.

Um die Stapelfaser. Vor einigen Tagen war in westdeutschen Zeitungen eine Mitteilung erschienen, daß die zwischen der Leitung der Reichsbelleidungsfabrik und der Verwaltung der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken Eberfeld stattgefundenen langwierigen Verhandlungen vor dem Abschluß ständen.

Vollfürsorge gegen Rapp. In der Frage der gewerkschaftlichen Genossenschaftlichen Vollfürsorge gegen den General-Landtagsdirektor Rapp hat jetzt das Reichsgericht eine prinzipielle wichtige Entscheidung gefällt.

Die Vollfürsorge gegen die Vollfürsorge organisierte, hatte, um der Vollfürsorge zu schaden, öffentlich allerhand verleumdende Behauptungen über deren Geschäftsführung ausgetrieben.

Groß-Berlin

Der Siegesdichter.

Er hat so brav den Vers gebredschelt, teils dithyrambisch, teils geschäftelt. Wenn andre den Erfolg erzwingen, läßt sich auch was darüber sagen.

Es war für ihn die Weltgeschichte nur aufrer Anlaß für Gedichte mit der Pointe, daß wir siegen — so sicher, wie sich zweie kriegen.

Vom Kriegsglück, das sich oft verflüchtigt, wird Verschuber nun berichtigt. Des Vaterlandes tiefe Notie verstopfen seine Lärntrompete.

Sollt ich darum, bei allen Teufeln, an seiner Zukunft schon verzweifeln? Er wird mit seiner Zeit genesen als Dichter, Mensch und Vebewesen!

Paulsen.

Eine Ehrenrettung der Großstadtjugend.

In einem Beratungabend für die Frauen und Mütter von Groß-Berlin, den der Verein „Die Welt der Frau und Mutter“ veranstaltete, sprach Generalsekretär Zewo über „Großstädtliche Erziehung“.

Die Bemerkung hierzu zeigt, nicht gleich vor jedem fremden Menschen mit besserem Kopf die Dinge ab. Aber in den Säulen herrscht gute Gerechtigkeit, und die Kinder lassen Anhänglichkeit und Liebe zum Lehrer nicht vermissen. Den Schulunterricht hält Lenz für viel ergeblicher in der Großstadt als in der Kleinstadt und auf dem Dorf. Er behauptet auch, daß die Großstadtfamilie auseinanderfällt. Gerade in ihr, die gedrängt zu wohnen genötigt ist, sei der Zusammenhang trotz allen sonstigen Erschwernissen enger als in kleinen Städten. Man höre oft behaupten, daß die Großstadt kaum tüchtige Menschen erziehen könne. Sicher sei, daß in Kleinstädten und auf dem Lande der Tüchtige sich nicht voll entwickeln kann. Die Großstadt gebe dem jungen Menschen die nötige Selbstständigkeit, sie bewähre sich für ihn als Erzieherin und Bildnerin, in ihr könne er sich eine Zukunft schaffen.

Starke Zunahme der Grippeerkrankungen.

Wie die Allgemeine Berliner Ortskrankenkasse mitteilt, meldeten ihre einzelnen Kassenteile seit Beginn dieser Woche 50-80 Prozent der gesamten Krankheitsfälle als Grippeerkrankungen. Ueber die Zahl der durch die Grippe herbeigeführten Todesfälle wird ein Ueberblick erst Ende der Woche möglich sein. Das Fehlen notwendiger Medikamente und Stärkungsmittel erschwert die Behandlung der Kranken außerordentlich.

Der Wassermangel bei den Charlottenburger Werken wird nun doch erst nach einigen Tagen behoben werden können. Der Schaden hat sich als beträchtlicher herausgestellt, als man anfangs annahm. Man hofft jedoch die Arbeiten im Laufe dieser Woche beendigen zu können. Was darin wird leider die Kalamität andauern, von der namentlich die oberen Stockwerke der Gebäude in Neukölln und Tempelhof betroffen werden.

Preiswucher mit Schuhwerk.

Dem immer mehr um sich greifenden Preiswucher mit Leder-Schuhwerk sucht die Reichsstelle für Schuhverfertigung durch Veröffentlichung der vorgeschriebenen Preise entgegenzutreten. Obwohl wir der Meinung sind, daß diese Maßregel keinen nennenswerten Erfolg haben wird, so der Preiswucher — wie die Reichsstelle jetzt zugibt — sich hauptsächlich im Schleichhandel findet und dieser sich den Regeln um vorgeschriebene Preise kümmert, so wollen wir sie dennoch anführen. Sie betreffen für fabrikmäßig hergestellte Schuhwaren mit dem Stempel „September 1918“ oder dem eines späteren Monats bei bester Ausführung, auf Rahmen gemäß für Herrenstiefeln höchstens 48.— M., für Damenstiefeln höchstens 44.— M. und für Damen-Halbschuhe 38.— M. Für mittlere und geringere Fabrikate sind die Preise erheblich billiger, sie gehen bei Herrenstiefeln bis zu 25.— M., bei Damenstiefeln bis zu 22.— M. und bei Damen-Halbschuhen bis zu 18.— M. herab. Die Preise müssen den Schuhwaren auf der Sohle oder im Innereinfuß aufgestempelt sein. Reicht dieser Stempel, so ist er unecht und abgemessen entfernt, zeigt er einen höheren Preis, als er nach den oben genannten Angaben möglich erscheint, so ist die Stempelung gefälscht.

Fürherdem wird von der Reichsstelle die zwangsweise Einführung einer Kundenliste für den Schuhhandel erzwungen.

Der Mangel an Gasmessern.

Wie werden um Aufnahme folgender Zuschrift gebeten: Die Direktion der städtischen Gaswerke hat kürzlich bekannt gemacht, daß sie „Infolge des durch den Krieg bedingten Gasmessermangels“ nicht in der Lage sei, die einlaufenden Anträge auf Bestellung von Gasmessern wunschgemäß zu erledigen. In der Tat dauert es wochenlang, bis man ein Gasmesser bekommt. Die Gaswerke können die Bureaukratie nicht mit dem Erfolg der Beschaffung ihrer Pflicht erfüllen zu haben. Sobald ein Gasmesser bestellt wird und man an der Reihe ist, erhält man seinen Anschlag — mehr kann der Bureaukrat nicht tun!

Man versuche sich nun einmal in die Lage der vielen Familien, denen ohne ihre Schuld die Verelendung droht. Mit jedem Tage geht die Sonne höher auf und früher unter, bis wir in einigen Wochen morgens vor 8 Uhr kein Tageslicht haben und nachmittags um 4 Uhr schon Nacht werden müssen. Gerade die Stunden der Dunkelheit sind diejenigen, wo die Familie meist vollständig in der Wohnung weilt. Wie soll man aber ohne Beleuchtung Nahrungsmittel zubereiten, Mahlzeiten einnehmen, Säuglinge und andere Kinder versorgen, Hausarbeiten, Schularbeiten, Korrespondenzen usw. erledigen oder gar Kranke und Hilflose pflegen? Wie, wenn nichts Erforderliches eintritt, Neuzugeliebte, die hier ja zumeist in Betracht kommen, erdulden, da sie Rollen erst nach einiger Zeit erhalten, auch noch des Gases zu hochgewinnen. Sie sind also gänzlich hilflos.

Kein Zweifel: die Lage aller dieser Familien, deren Zahl nicht gering ist, muß als geradezu unerträglich bezeichnet werden. Es ist weiter nicht zweifelhaft, daß das städtische Werk zur Lieferung von Gas verpflichtet ist. Und endlich: das Werk ist auch zur Lieferung von Gas imstande. Was fehlt, sind nur die Messerapparate. Der Bureaukrat wird es in der Ordnung finden, daß nicht eher Gas geliefert wird, als bis der Messer da steht; der moderne Kommunalpolitiker und Hygieniker aber wird sich für das kleinere Übel entscheiden müssen und für die Zeit des Fehlens der Apparate eben Gas ohne Messer liefern. Es handelt sich um Ausnahmen und, wie gesagt, um einen Notstand; da müssen verwaltungsbürokratische Bedenken beiseite gestellt werden. Um den Verbrauch zu messen, mag man entsprechend der Zahl der benutzten Räume und der Größe der Familie ein Erfahrungsmaßstab festlegen und angesichts des Fehlens der Kontrolle einen kleinen prozentualen Aufschlag hinzurechnen. Der durch die Lieferung ohne Messer in diesen Ausnahmefällen herbeigeführte Mehrverbrauch würde im Verhältnis zum Gesamtverbrauch wenig sein, gemessen an der Notlage jener Familien, die vollständig der „Mehrerzeugung“ sich zu weigern.

Es ist zwischen zwei Übeln zu wählen: monatelanger Notstand vieler Familien oder Gaslieferung ohne Messer. Die Entscheidung kann nicht schwer fallen. Aber Bitte tut es!

Soweit die Zuschrift. Vielleicht nimmt die Direktion der städtischen Gaswerke Veranlassung, sich zu der hier angeschnittenen Frage zu äußern.

Arbeitsnachweis Groß-Berlin.

Die Verhandlungen der Groß-Berliner Gemeinden zwecks Schaffung einer einheitlichen Arbeitsvermittlung für Facharbeiter sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Es wird ein Ausschuss gebildet, bestehend aus fünf Vertretern der Stadt Berlin, einem Vertreter des Verbandes Westfälischer Arbeitsnachweise, sowie der Städte Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Wilmersdorf, zwei Vertretern für die Kreise Teltow und Niederbarnim, je fünf Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Groß-Berlins. Mit der Stadt Spandau sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Die Arbeitgebervertreter sollen gewählt werden: zwei von der Handelskammer Berlin, einer von der Handelskammer Potsdam und zwei von der Handwerkskammer Berlin, von den Arbeitgebervertretern drei von der Gewerkschaftskommission Berlin und je einer von den Deutschen Gewerksvereinen und vom Verband christlicher Gewerkschaften. Dem Ausschuss liegt die Aufgabe ob, im Anschluß an den Arbeitsnachweis der Stadt Berlin auf ein möglichst enger Zusammenarbeiten der Groß-Berliner Arbeitsnachweise hinzuwirken. Die gewerblichen Facharbeitsnachweise mit Einschluß der Lehrstellenvermittlung sollen für den Bezirk der Groß-Berliner Gemeinden einheitlich organisiert werden. Die bereits bestehenden Facharbeitsnachweise

sollen ausgebaut und neue Facharbeitsnachweise eingerichtet werden. Die Kosten der Geschäftsführung werden je zur Hälfte von der Stadt Berlin und den übrigen Groß-Berliner Gemeinden getragen. Die landwirtschaftliche und Angestelltenvermittlung soll nicht unter diese Regelung fallen.

Bei den Verhandlungen wurden von dem Vertreter der Stadt Neukölln Bedenken wegen der Kosten laut und er glaubte daher noch nicht definitiv den Anschluß aussprechen zu dürfen. — Die Frage der Errichtung eines selbständigen Arbeitsnachweises für landwirtschaftliche Arbeiter wurde vertagt. — Die Anstellung der Arbeitsvermittler nimmt die Stadt vor, während die einzelnen Facharbeitsvermittler Vorschläge zu machen berechtigt sind.

Die von der Deputation eingesetzte Unterkommission, die die Errichtung eines Arbeitsnachweises für Krankenpflege, Wartepersonal und Pflegerpersonal vorbereiten soll, hat mit den Vertretern kommenden Gruppen verhandelt. Es soll eine Zentrale errichtet, eventuell Tag- und Nachtdienst zur Vermittlung des Krankenpflegepersonals eingerichtet werden.

Erhöhung der Milchration.

Die Fettstelle Groß-Berlin gibt bekannt: Vollmilch wird vom 10. Oktober 1918 ab bis auf weiteres abgegeben auf die roten, mit einem Kreis und mit „A I“ gekennzeichneten Marken 1 Liter,

Die Chancen

auf denen der Deutsche in der Welt für seine eigene und seines Volkes Zukunft sieht, sind die Chancen an denen man Kriegsanleihe zeichnet

auf die blaue mit „A II“ gekennzeichneten Marken 1 Liter, auf die grünen mit „B I“ und „B II“ gekennzeichneten Marken je 1/2 Liter, auf die braunen mit „C“ gekennzeichneten Marken 1/2 Liter. Auf Krankenmarken und Sondermarken ist die aufgedruckte Menge voll zu verabsoluten.

Ungetreue Sanerkrantversorgung.

Der Vorsitzende der Reichsstelle für Gemüse und Obst hat an alle Landes- und Bezirksstellen ein Rundschreiben gerichtet, worin es heißt: „Der Bedarf der bewaffneten Macht an Sauerkraut aus der Ernte 1918 ist so hoch, daß die Fabriken aller Voraussicht nach fast während der ganzen Einschnidezeit vorwiegend für seine Bedienung arbeiten müssen. Trotz dem günstigen Ausfall der Gemüseernte ist daher mit einiger Sicherheit leider damit zu rechnen, daß es nicht oder nur beschränkt möglich sein wird, den Bundesstaaten Sauerkraut in einer zur Befriedigung der verhältnismäßig nachfrage der Bevölkerung ausreichenden Menge schließendlich zu überweisen. Ich empfehle daher dringend, die Verbraucher mit größter Bescheidenheit und allen geeigneten Mitteln dazu anzubahnen, daß sie sich für die gemessenen Monate benötigten Mengen von Sauerkraut bei dem gegenwärtig reichlichen Angebot von Frischweizbrot selbst einlegen.“

Verbot der Bonbonkokerel.

Durch Bekanntmachung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts ist die gewerbliche Verarbeitung von Zucker zu Süßigkeiten ausdrücklich verboten, soweit der Zucker nicht von der Reichszuckerstelle oder der Zuckerverteilungsstelle für das Deutsche Süßigkeitengewerbe oder einen Kommunalverband für diesen Zweck zugeteilt ist. Danach ist fortan die Herstellung von Süßigkeiten in Lohn nicht mehr gestattet.

Berliner Lebensmittel.

Gemäß dem Beschluß des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin gelangen demnächst in Berlin auf Abchnitt 65 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin 100 Gramm in Zulaufmarmelade zur Ausgabe. Die Voranmeldung findet in den durch ein Ausschreibungsbild gekennzeichneten Geschäften am 10. und 11. Oktober statt. Sobald die Ware dem Kleinhändler zugeführt ist, wird mit dem Verkauf begonnen werden. Der Preis beträgt für das Pfund 92 Pf., also für 100 Gramm 19 Pf.

Ganz Groß-Berlin als Wohnungsnotbezirk. Der Mieterverein des Groß-Berliner Westens hat bei dem Staatskommissar für Wohnungsnot den Antrag gestellt, die sämtlichen Gemeinden Groß-Berlins als Wohnungsnotbezirk im Sinne der neuen Mieterschutzverordnung vom 23. v. M. zu erklären. Gleiche Anträge sind bei den einzelnen Gemeinden gestellt. Der Erfolg der Anträge ist schon im Interesse der Hochalteschtheit unbedingt erforderlich, nachdem der Potsdamer Regierungspräsident die Kreise Teltow und Niederbarnim, also einen Teil der Berliner Vororte, zu Notstandsbezirken erklärt hat.

„Der deutsche Volksstaat“. Ueber dieses Thema sprechen Friedrich Roman und J. Giesberts heute abend 8 Uhr im Oberkassal der Wilhelmstraße, Cornburger Str. 22/23. Die Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin W 35, Rahowstr. 102/4, Aufgang A, 3 Treppen, gibt für diesen Vortrag die Eintrittskarten kostenlos aus.

Der Bund für Mutterschutz erteilt in seiner Beratungsstelle Wilmersdorf, Nollendamm 143, unentgeltlich beratenden und unentgeltlichen Frauen Anstalt und Rat in vormundschaftlichen und fürsorglichen Angelegenheiten. In seinem der Beratungsstelle angeschlossenen Heim können werdende Mütter sechs Wochen vor der Entbindung Aufnahme finden, und ebenso lange Zeit wird den Muttergewandenen mit ihren Neugeborenen Unterkunft gewährt. Sprechzeit werktäglich 10-11 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag abends von 7-9 Uhr.

Gegen übermäßige Schulbücherpreise. Nach Berechnen mit dem Vorkursverein der Deutschen Buchhändler hat der Unterrichtsminister beantragt, daß die Verleger von Schulbüchern den Provinzialschulkollegien oder den Regierungen die Erhöhung der Bücherpreise rechtzeitig anzeigen. Dabei soll die Notwendigkeit der Preissteigerung für das einzelne Lehrbuch nachgewiesen werden. Wenn in einzelnen Fällen eine übermäßige und unbedingte Forderung vorzuliegen scheint, so soll das Provinzialschulkollegium oder die Regierung mit den Verlegern verhandeln und nötigenfalls die Entscheidung des Ministers einholen.

Auslandsbriefe müssen die Adresse des Absenders tragen. Der Oberbefehlshaber in den Marken gibt bekannt: Auf Briefen und Postkarten nach dem Ausland hat der Absender seinen Vor- und Nachnamen, Wohnort nebst Straße und Hausnummer anzugeben; Briefe und Postkarten, die diesen Vermerk nicht enthalten, werden von der Beförderung ausgeschlossen. Falsche Angaben werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. Die Verordnung tritt am 15. Oktober in Kraft.

Admiralstheater. Am Freitag wird der Film „Eine Rose der Wildnis“ mit Alta Rollen zum ersten Male vorgeführt.

Lautenbach-Palast. Der neue Film, der Freitag seine Uraufführung erlebt, heißt „Die Liebe des van Ruyt“. Ein Lustspiel „Heiraten Sie meine Tante?“ und neue Aufnahmen von der Westfront und aus dem Kaukasus ergänzen den Spielplan.

Zum Raubmord in der Grenoblerstraße haben die Feststellungen ergeben, daß der Mord zweifellos in der Abendstunde des 7. September begangen ist. Als der Tat verdächtig erscheint ein jüngerer Mann, mittelgroß, mit O-Weinen, einem runden, blassen, barlosen Gesicht mit mäßigem Wadrad und kurzgeschorenem blondem Haar. Der Verdächtige ist noch in der allerersten Zeit in der Wohnung des Mörders gesehen worden. Müller hat ihn Bekannten gegenüber als Schlichter bezeichnet, jedoch soll derselbe nicht nur auf dem Schachhof, sondern auch bei der U.S.G. und ähnlichen Betrieben gearbeitet haben. Mindestens einer der beiden Täter hat am Tatort seine alten Sachen, Rock, Hose, Weste und einen Spazierstock zurückgelassen, die im Reichhof des Königlich-Preussischen Polizeipräsidiums am Alexanderplatz aufgestellt sind, und sich mit den Müllerischen Sachen neu eingefleibt.

Der Mord bei Etanen. Die Vermutung, die Ermordete sei die 21 Jahre alte Näherin Anna Neuenfeld aus der Edditerstr. 3, trifft nicht zu. Das Mädchen ist jetzt zu ihren Eltern zurückgekehrt.

Neulönn. Lebensmittel. Um die Notlage zu haben, Waren, wie Zwieback und ähnliches Gebäck, die sich besonders zur Verteilung durch die hiesigen Bäckereien eignen, gleichmäßig an die Bevölkerung ausgeben zu können, soll in jedem Bäckereibetriebe sowie in den Verkaufsstellen des Beamten-Wirtschaftsbereichs und der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend eine Kundenliste angelegt werden.

Zu diesem Zwecke müssen sich die Einwohner mit Abchnitt 110 der Neulönnischen Warenbelegkarte in einem der vorgenannten Geschäfte, welche durch ein mit dem Magistratsstempel versehenes Plakat kenntlich gemacht sind, zur Kundenliste vom Freitag, den 11. bis Dienstag den 15. Oktober, anmelden.

Zur Entgegennahme von Anmeldebüchern und Anlegung dieser Kundenliste sind nur diejenigen Bäckereien berechtigt, welche die eingekommenen Brotartenabnahme bei der hiesigen Mehlverteilungsstelle abliefern und vom Magistrat Neulönn Mehl erhalten. Andere Brotverkaufsstellen, Milchgeschäfte usw. sowie Auktalen auswärtiger Betriebe sind dagegen nicht zur Anlegung einer Kundenliste berechtigt.

Schöneberg. Geschenkspardäcker für neugeborene Kinder. Auf Grund des Beschlusses des Sparfassenvorstandes der städtischen Sparfassen werden in Zukunft den neugeborenen Kindern Schöneberger Bürger Spardäcker mit Einlagen geschenkt, die wie folgt festgelegt worden sind: für das erste Kind 1 M., zweite Kind 3 M., dritte Kind 6 M., vierte Kind 10 M., fünfte Kind 15 M., sechste Kind 21 M. usw., nach der Zahl der lebend geborenen Kinder entsprechend mehr Mark.

Wilmersdorf. Nachträgliche Anmeldung zur Kartoffelkundenliste. Wer an der ordnungsmäßigen Anmeldung zu der am 5. Oktober abgeschlossenen Kundenliste für den Kartoffelbesitz verhandelt war, kann sich in die bei 20 vom Magistrat öffentlich bekanntgegebenen Firmen aufgelegten Nachtragskundenlisten eintragen lassen. Hierzu bedarf es einer Bescheinigung, die nach Vorlegung der Urkunde vom städtischen Lebensmittelamt (Wilhelmsdamm 114/115, Eingang II, erteilt wird. Dem Lebensmittelamt sind dabei so viele Anmeldebücher abzugeben, als Personen für die nachträgliche Eintragung in Betracht kommen. Bereits eingegangene schriftliche Besuche um nachträgliche Eintragung in die Kundenliste sind schleunigst durch die Bescheinigung der öffentlich aufgehängten Bescheide, bei dem die Eintragung gewünscht wird, zu erörtern. Diese Erörterung geschieht am besten mündlich an der vorbezeichneten Stelle.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Groß-Berlin.

Teilnehmerkarten zur Vortragsreihe des Genossen Wolfenbühl werden noch heute abend vor Beginn des ersten Vortrages im Jugendheim, Lindenstr. 3, Hof 2, 3 Treppen ausgegeben. Beginn des Vortrages pünktlich 8 Uhr.

Berichtszeitung.

Der Totschlag des Kriegsnervotikers.

Ein Verfahren wegen Mordes war gegen den Techniker Emil Reihner ursprünglich eingeleitet worden, die Anklage ist jedoch später von der Staatsanwaltschaft auf Totschlag zurückgeführt worden. Der Heisteraurige Fall, der der Anklage zugrunde lag, wurde vor dem Schwurgericht des Landgerichts II verhandelt. Der Angeklagte war vor dem Kriege als Konstruktionsingenieur bei der Optischen Anstalt von Goerg in Friedenau tätig. Er wurde dann zum Militär eingezogen, erkrankte und wurde aus dem Heeresdienst entlassen. Seine Nerven waren so mitgenommen, daß er oft bei dem unbedeutendsten Anlaß in große Erregung geriet. Er trat wieder bei Goerg ein, seine Arbeitsfähigkeit war aber nicht mehr wie früher, so daß der Betriebsleiter Nachmieter ihm mehrfach Vorschläge machte. Am 31. August v. J. erhielt er seine Kündigung und war darüber sehr aufgebracht. Gegen Mittag suchte er Hauswörter auf, der im Geschäftszimmer gerade sein Mittagbrot aß. Er begann mit ihm eine Unterhaltung über die Gründe seiner

Hilfe Wohnungsnot, die nach dem Kriege in großem Ausmaßung der 12. Preussisch-Jüdischen (238. Königlich-Preussische) Klassenlotterie

4. Klasse 2. Ziehungstag 9. Oktober 1918

Auf jeder gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle gezogene Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Obere Gewinne 1000 M.)	(Niedere Gewinne)
In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 1000 M. gezogen:	
2 Gewinne zu 60000 M. 79576	
2 Gewinne zu 15000 M. 6772	
2 Gewinne zu 5000 M. 92034	
6 Gewinne zu 3000 M. 16234 128504 156609	
30 Gewinne zu 1000 M. 104800 146336 169923 212885 219124	
32 Gewinne zu 500 M. 14710 82885 84822 41289 44599	
47232 52534 66724 79651 96456 109461 182960 160395	
186067 206895 222342	
86 Gewinne zu 400 M. 3953 7319 10757 14987 15444	
17400 20184 39035 42812 43188 48458 54068 60208 60984	
60980 62322 74265 75368 75500 82158 83307 83333 85648	
92882 98899 101381 116026 117118 140056 141885 151623	
161565 161508 170381 179908 182496 186847 192558 195092	
198876 203270 213732 214909	
In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 1000 M. gezogen:	
2 Gewinne zu 10000 M. 1550	
4 Gewinne zu 5000 M. 54996 102909	
2 Gewinne zu 3000 M. 9332	
15 Gewinne zu 1000 M. 23852 30479 120388 126926	
154271 169273 169261 228442	
20 Gewinne zu 500 M. 7044 10034 32749 40178 53279	
60069 74359 122673 136319 147053	
86 Gewinne zu 400 M. 82 3774 11637 19279 88777	
88997 45507 64478 68220 71909 72794 78016 78189 95121	
99835 108180 116664 119719 126886 131784 144394 150148	
161786 167609 163273 169713 181040 182047 189226 202525	
208019 239044 225666	

Die Ziehung der 5. Klasse des 12. Preussisch-Jüdischen Klassenlotterien findet am 9. November 1918 4. Ziehungstag 1918 statt.

Enkaffung, sog dann sticht einen Revolver aus der Tasche und gab an fünf Schüsse ab, von denen einer in die rechte Seite, ein anderer in den Unterleib ging. Der Verletzte lief zur Tür und rief um Hilfe, der Angeklagte verfolgte ihn aber und gab noch einen sechsten Schuss ab, durch den ein zu Hilfe eilender Angefallter am Ohr verletzt wurde. Der schwerverletzte Rauchweiser wurde nach dem Kreiskrankenhause Weis überführt, wo er nach wenigen Stunden an den Folgen der Wundwunde verstarb. Der Angeklagte wurde auf seinen Gefängnisstand in der Charité untersucht. Das dort erstattete Gutachten war so, daß die Anwendung des 8. St.G.B. gegeben erscheint. Mit diesem Gutachten stand ein Oberwachen des Medizinalkollegiums der Provinz Brandenburg nicht im Einklang. Dieses führte aus, Reizner sei ein sogenannter Riege-Neurotiker, er sei nervös, aber nicht schizophren und habe die Tat nicht im pathologischen Affekt begangen. Der Verteidiger bestritt, daß der Angeklagte irgendeine die Absicht gehabt habe, den R. zu töten; er sei ein Opfer seines auf krankhafter Grundlage beruhenden Wahns geworden und deshalb nur wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verurteilen, auch seien ihm unbedingt mildernde Umstände zuzubilligen. Nach diesem Antrage gaben auch die Geschworenen ihren Wahrspruch ab. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 1 Jahr Untersuchungshaft und 50 M. Geldstrafe wegen verbotenen Waffentragens. Der Angeklagte wurde aus der Untersuchungshaft entlassen.

Arbeiter-Zamariterband, Kolonne Groß-Berlin. Montag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Edials' Reihle, Königsgarten 2, am Alexanderplatz: Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Verhandlungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Sonntag, den 20. Oktober, nachm. 2 1/2 Uhr: Vortrag in der Sternwarte zu Trepow, Karten zur Verleihe sind beim Vorstehenden zu haben. Nach diesem Saalbesuche bei Werner, am Trepower Park Nr. 67.

Direktion Max Reinhardt.

Deutsches Theater
7 Uhr: Maria Stuart.
Kammerspiele

7 1/2 Uhr: Die Richtige.
Kleines Schauspielhaus
Fasanenstraße 1, Portal 5.
7 1/2 Uhr: Frühlingserwachen.

Volkshöhle
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kay-Sler.
7 1/2 Uhr: Kirschgarten.
Dir. C. Meinhart - R. Bernauer.

Theater "Königgrätzer Str."
7 1/2 Uhr: Der Hauch im All.

Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die tanzende Nymphe.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Blaublaues Blut.

Casino-Theater.
Lehringer Str. 17. Tägl. 7 1/2 u. 10 Uhr.
Ein großer Theatererfolg.
Der Berliner Vollen-Schlager.
Man lacht mal wieder!
Vorher das neue Oktober-Drago.
Gesang, Akrobatik, Humor!
Sonnt. 2 1/2 Uhr: Ein fideles Mähd.

Theater der Friedrichstadt.
Koko Friedrich- u. Linienstr.
7 1/2 Uhr. Tägl. Nord. 8050.

Kaiserplatz 3, 1 Tr.
Ein lust. Stück m. Musik v. Laus v. Möllendorff. Georg. L. Holms.
Sonnt. u. Mittw. 7 1/2 Uhr: Hansel und Gretel im Zauberwald.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Goldene Spiegel.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Donauliebchen.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Gastop. d. Friedr. Wilhelmstadt. Theaters:
Das Dreimäderlhaus.

WINTERGARTEN

Trude Hesterberg
Inge Laury

Tegernseer Bauerntheater
Die Rosenknöpfe
sowie der
neue
Oktober-Spielplan!

Apollo
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7 1/2, Sonnt. 2 1/2, u. 7 1/2.
Die Welt geht unter!
Große Varietè-Anstaltungsschau in vielen Bildern mit Senta Soneland
Ernst Lubitsch
Sonnt. 2 1/2 Uhr jeder
Erwachs. 1 Kind freil!

Trianon-Theater
Bht. Friedrichstr. Ztr. 4027, 2301
Nachm. 7 1/4 Uhr. Kl. Preise:
Rotkäppchen.
Abends 8 Uhr:

Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Ida Wüst, Bruno Kastner,
Dahner, Flink, Schönfeld, Klein.
Morgen u. folg. Tage 8 Uhr.
Der gute Ruf.

Freitag 7 1/4: Schneewittchen.
Sonnt. 7 1/4: Hansel u. Gretel.
Sonntag 7 1/4: Johannisfeuer.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7 1/2 Uhr.

Rennen
zu Berlin-Karlshorst
Donnerstag, 10. Oktober 1918, nachm. 12 1/2 Uhr.
7 Rennen I. Werte v. 110 000 M., darunter:
Hürdenrennen 35 000 M.
Landsberg-Jagdrennen 35 000 M.
Residenz- 12 000 M.

Fahrpl. der Vorortzüge üb. Stadtbahn s. Anschlag. Außer Stadtbahnverb. v. Charlottenb. - Friedrichstr. nach Niederschöneweide sow. v. Görlich. Bf. n. Niederschöneweide, v. hier in 15 Min. ca. zu Fuß z. Rennb. Karlshorst. Straßenbahnverb. 1. v. Schles. Bahnst. üb. Stralau-Treptow n. Oberschöneweide; 2. v. Rennb. Niederschöneweide nach Rennb. Karlshorst; 3. vom Alexanderplatz nach Friedrichsfelde; 4. von Friedrichsfelde nach Rennbahn Karlshorst.

Zähne m. echtem Friedenskauschuk 4.-M.
5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Betäubung bei Besteilung u. Gebissen gratis. Goldkronen p. 20 M. an. Spez. Zähne ohne Gummi. Danziger Straße 1 Gaumenpl. Zahnpraxis Hatvani, Sde Schönb. Allee.

Eingegangene Druckschriften.

Die aufgeführten Bücher können durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, bezogen werden.
(Die Angabe der Bücher gilt jedoch nicht als Empfehlung.)
Die „Jordis“ von heute von Prof. Dr. Erich Jung, Preis pro Heft 50 H., 100 H. Stück zu je 30 H., 1000 Stück zu je 20 H. J. J. Lehmanns Verlag, München SW 2.
Wandlungen und Irrungen von Kurt Kemann, 1,35 M. - Zeitliches von Walter Rothemann, 1,50 M. - Gesammelte Schriften in fünf Bänden von Walter Rothemann, geb. 25 M., in Qualleider 48 M. G. Fischer Verlag, Berlin W 57, Hallesche 99.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, 1. Hof links, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Briefstabe und eine Post als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenqualifikation beigemessen ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Termine, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Johannisblat 1. Die Deduktion der Wohnung wird in diesem Falle auf Kosten der Gemeinde geschehen müssen. 2. Die Kündigung ist gültig, da die zu löste Bauschuldung nicht ein Verschulden der Firma ist. - Schwarzwaldbau 142. Die Wirtschaftervermittlung kann natürlich nicht zur Zahlung der Verdienstlosten für die Schwägerin verpflichtet werden. Dazu ist der Ehemann der Frau beziehungsweise deren Eltern verpflichtet. - R. 8811. H. 48. Eine Beschwerde erscheint und ungeschied. Sie können nur Widerspruch bei der Post stellen. - R. 8. 22. Junghut müssen Sie den betreffenden eine Kostenrechnung ausstellen und um Begleichung ersuchen. - 1000 J. Da Sie selbst gekündigt haben und Ihre Beschwerde abgelehnt worden ist, sind Sie zur Klärung der Wohnung nach dem nunmehr gefällten Urteil verpflichtet. - W. Rein.

F. G. Wildau. 1. Sie möchten sich an den Regierungspräsidenten für die Provinz Brandenburg in Charlottenburg wenden. 2. Eine Abfindung der Rente erfolgt nicht. - W. G. 51. Einmalig kann nach den gegenwärtigen Preisen unter Abrechnung des Abzugswertes verlangt werden. - W. R. 25. Die Heiratverbindung wird durch den Tod nicht beendet. - W. R. 63. Sie müssen 34 Meter Parkfläche bei Sachverhalt nochmals an das Grundstück anknüpfen. - W. R. 1. Wenn erwerbsfähige Angehörige aus dem Haushalt vorhanden sind, muß Ihnen auch für die Rückzahlung der Rente Rücksicht werden. 2. Nr. 3. Nr. - G. 16. Rein. - O. 11. Die Aufwandsentschädigung wird nur für die Dauer des aktiven Dienstes gezahlt. Die Eltern haben somit für 4 Monate zu zahlen. Der Betrag kann zurück verlangt werden. - W. R. 9. 11. Der Mann muß für Ihren Unterhalt sorgen; Sie möchten durch Klage beim Amtsgericht das Recht erwirken, von ihm getrennt leben zu können. In den Sachen des Mannes haben Sie aber kein Eigentumsrecht; Sie dürfen diese nicht aus der Wohnung entfernen.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 7.		Wasserstand am 8.		Wasserstand am 7.		Wasserstand am 8.	
Ort	cm	Ort	cm	Ort	cm	Ort	cm
Memel	153	152	Zaale	Großh.	74	76	
Prepel	42	41	Havel	Sonnab.	31	31	
Wesche	47	49	Havel	Antebau	-3	-3	
Ober	129	122	Spree	Spremb.	80	-	
•	58	58	•	Rehdorf	194	190	
•	64	64	Weser	Rindau	158	163	
Wartbe	0	0	•	Rindau	215	214	
•	21	21	Rhein	Maximil.	420	-	
•	30	30	•	Laub	207	-	
•	65	62	•	Elm	197	-	
•	188	182	•	Weser	Waldbr.	40	-
•	31	36	•	Weser	Hanau	108	108
•	81	85	•	Weser	Trier	-	-

Theater für Donnerstag, 10. Oktober.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der eiserne Hellebard.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Mannerl.

Kleines Theater
8 Uhr: Alt-Nürnberg.

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater
7 10 Uhr: Die Faschingsfee
Sonntag 5 Uhr: Wieser Blut.

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.
Steig. 3 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

NATIONAL-THEATER
Copenicker Str. 68. Tägl. 7 1/2 u. 10 Uhr. 5 Min. Janow-Br.
Ganz Berlin spricht von:
Prinzenliebe.
Operette in 5 Akten von Walter Bromma.
Preise: 2-10 M. Steig. 3 1/2. Studentenscheibchen (Oper.).

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäß. Preise!

Kükük
Lichtspiele
Große Frankfurter Str. 23.
n. d. Andreasstraße.
Der
Verschwander
von Ferd. Raimund
mit Gesang.
Fern Andra
in ihrem schönsten
Film:
Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht
Anfang 5 Uhr.

Theater am Kottbuser Tor.
Kottbuserstr. 61. F. Wagner
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Große Varietè-Schau.
Dekorationen v. Heine.
Zilla. - Anna Müller-Linck.
Vorverk. 10 1/2 - 1 1/2, u. ab 5 U. sowie bei Wertheim.

la Velourshüte u. Reiter
im Vorverkauf billig!
Lindeku, G., Rosenthaler
Straße 23,
2. Geschäft: Grunewaldstr. 56.
Ecke Bayrischer Platz, 281/10*

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäß. Preise!

Kükük
Lichtspiele
Große Frankfurter Str. 23.
n. d. Andreasstraße.
Der
Verschwander
von Ferd. Raimund
mit Gesang.
Fern Andra
in ihrem schönsten
Film:
Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht
Anfang 5 Uhr.

Theater am Kottbuser Tor.
Kottbuserstr. 61. F. Wagner
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Große Varietè-Schau.
Dekorationen v. Heine.
Zilla. - Anna Müller-Linck.
Vorverk. 10 1/2 - 1 1/2, u. ab 5 U. sowie bei Wertheim.

la Velourshüte u. Reiter
im Vorverkauf billig!
Lindeku, G., Rosenthaler
Straße 23,
2. Geschäft: Grunewaldstr. 56.
Ecke Bayrischer Platz, 281/10*

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäß. Preise!

Kükük
Lichtspiele
Große Frankfurter Str. 23.
n. d. Andreasstraße.
Der
Verschwander
von Ferd. Raimund
mit Gesang.
Fern Andra
in ihrem schönsten
Film:
Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht
Anfang 5 Uhr.

Theater am Kottbuser Tor.
Kottbuserstr. 61. F. Wagner
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Große Varietè-Schau.
Dekorationen v. Heine.
Zilla. - Anna Müller-Linck.
Vorverk. 10 1/2 - 1 1/2, u. ab 5 U. sowie bei Wertheim.

la Velourshüte u. Reiter
im Vorverkauf billig!
Lindeku, G., Rosenthaler
Straße 23,
2. Geschäft: Grunewaldstr. 56.
Ecke Bayrischer Platz, 281/10*

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäß. Preise!

Kükük
Lichtspiele
Große Frankfurter Str. 23.
n. d. Andreasstraße.
Der
Verschwander
von Ferd. Raimund
mit Gesang.
Fern Andra
in ihrem schönsten
Film:
Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht
Anfang 5 Uhr.

Theater am Kottbuser Tor.
Kottbuserstr. 61. F. Wagner
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Große Varietè-Schau.
Dekorationen v. Heine.
Zilla. - Anna Müller-Linck.
Vorverk. 10 1/2 - 1 1/2, u. ab 5 U. sowie bei Wertheim.

la Velourshüte u. Reiter
im Vorverkauf billig!
Lindeku, G., Rosenthaler
Straße 23,
2. Geschäft: Grunewaldstr. 56.
Ecke Bayrischer Platz, 281/10*

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäß. Preise!

Kükük
Lichtspiele
Große Frankfurter Str. 23.
n. d. Andreasstraße.
Der
Verschwander
von Ferd. Raimund
mit Gesang.
Fern Andra
in ihrem schönsten
Film:
Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht
Anfang 5 Uhr.

Theater am Kottbuser Tor.
Kottbuserstr. 61. F. Wagner
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Große Varietè-Schau.
Dekorationen v. Heine.
Zilla. - Anna Müller-Linck.
Vorverk. 10 1/2 - 1 1/2, u. ab 5 U. sowie bei Wertheim.

la Velourshüte u. Reiter
im Vorverkauf billig!
Lindeku, G., Rosenthaler
Straße 23,
2. Geschäft: Grunewaldstr. 56.
Ecke Bayrischer Platz, 281/10*

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäß. Preise!

Kükük
Lichtspiele
Große Frankfurter Str. 23.
n. d. Andreasstraße.
Der
Verschwander
von Ferd. Raimund
mit Gesang.
Fern Andra
in ihrem schönsten
Film:
Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht
Anfang 5 Uhr.

Autoren-Abend d. Verlages Erich Reiß.

Singakademie. Sonnabend, 12. Okt., 8 Uhr:
Eduard Bernstein
M. d. R.
„Völkerbund oder Staatenbund?“
Karton 4, 3, 2, 1 M. bei Bots & Sock u. Warthelm.

Arbeitsgemeinschaft
für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung.
Berlin W 35.

Dr. Friedr. Naumann (M. d. R.)
und **J. Giesberts (M. d. R.)**
sprechen heute abend 8 Uhr
im Oberhofsaal der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23
über:
Der deutsche Volksstaat.

Karten zum kostenlosen Eintritt gibt nur die Arbeitsgemeinschaft, Köpenicker Str. 109/110, Eingang A, III. Stock, aus. Keine Abendkasse. 287/14

Verein Arbeiter-Hochschule E. V.

Gefühlshalle O 2, Neue Friedrichstr. 58/56 II, Zimmer 68.
Allgemeine Hörerversammlung
am Sonnabend, den 12. Oktober, abends 8 Uhr,
in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule,
Wiederwandsstr. 2.
Vortrag des Herrn Schriftführers Dr. Paul Jacobsohn:
„Was will der Verein Arbeiter-Hochschule und wie kann er sein Ziel erreichen.“
Beginn der Vorlesungen am 14. Oktober. Anmeldungen werden in der Hörerversammlung entgegengenommen. 283/82

1. Btl. Spezialgeschäft für Uhren.

Nachts leuchtende
Militär-Ankeruhr 1750
Weine Militär-Ankeruhr Nr. 1750 haben einfache präzise Konstruktion, sind praktisch u. zuverlässig im 1000 Gebrauch u. daher die besten Uhren für das große Publikum geworden; sie sind in allen Teilen der deutschen Wehr und Marine für vollen Gebrauch geeignet. Man lasse sich durch Anpreisung minderwertiger Uhren nicht verleiten, welche heute nicht mehr mit Sorgfalt angefertigt werden. Auf eine wirklich gute Uhr schließt, auf die man sich unbedingt verlassen kann, verlange meine Deutsche Militär-Ankeruhr. Meine Militär-Ankeruhr hat im Werte 17,50 M., mit Goldbrändern od. Stahlgold 19,50 M. erhältlich.
E. Möbis, 14 Bouthstraße 14
(Gehaus nur im Laden)
Geöffnet von 10-6 Uhr

Groß-Pelz-Verkauf

Gegr. 1805. **J. Gottlieb, Kürschner-Meister.** Tel. Mpl. 37.
jetzt **Kommandanten-Straße 23.**
Filiale: Rosenthalerstr. 13.
Damen-Pelzmäntel, Schulterkragen, Pelzinen, Weiß-Füchse, Herren-Gehpelze, Kreuz-, Alska-, Silber-
in großer Auswahl.
Pelzwaren in allen Arten auf Lager.
Annahme von Umarbeitungen. 149/L*

Bekanntmachung.

Marmelade.
Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindegut der Stadt Berlin bestimmt:
1. Ein Abschnitt Nr. 65 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin enthalten 100 Gramm Marmelade. Der Kleinhandelspreis beträgt 92 Pf. für das Pfund. Es sollen hierzu 100 Gramm 19 Pf. Eine Ueberlieferung des Überschusses ist gestattet.
2. Der Abschnitt Nr. 65 ist nur in den durch ein Ausschreibung: „Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbekundigung abzugeben, und zwar am Donnerstag, den 10., und Freitag, den 11. Oktober. Nachträglich: Anmeldung findet nicht statt. Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften abzugeben, in denen nicht das vom Magistrat angegebene Ausschreibung abgedruckt ist. Geschäften, die nicht im Besitze des Ausschreibung sind, ist die Annahme von Kartenabschnitten verboten.
3. Die Kleinhandelspreise haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte an einen der ihnen bekanntgegebenen Großhändler am 12. Oktober abzugeben.
Jeder Kleinhändler muß, sobald die Ware zur Stelle ist, mit dem Verkauf beginnen und ihn durch Anschlag anzeigen.
Berlin, den 7. Oktober 1918.
Magistrat der Königl. Haupt- u. Residenzstadt.
Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung.
Runge.

Harnleiden-Behandlung

Hollanstat
Berlin W,
Bülowstr. 12, pt.
Tel. Lützow 9904.
Prospekt H.
Neues kryobisches Verfahren
Ohne Berufsstörung
Schnellste Erfolge, auch bei hartnäckigen Fällen.
Sprechst. 12-2, 6-3, Sonnt. 11-1
Spezial-Dr. Paul Wolf

Fette Enten,

Orab und Tappenhäher, Wuten und Tauben, fette Kaninchen empfiehlt besonders preiswert **Schmidt vorm. Tasche,** Wollufer 21, a. Halleschen Tor.

Übsi- und Gemüsegarten

mit Sommerfrüchten in Rohbau Dr. Zeltow verkauft **Gabriel,** Berlin, Gleditschstr. 28. 73/21

Radfahren

mit unseren Bereifungen ist erlaubt. **Glattlich wie Pneumatik** Th. Just & Co., Siles-Rilance-Platz 18.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68

Elsaß-Lothringen

und die Sozialdemokratie
Von **Hermann Wendel.**
Inhalt: Elsaß-Lothringen als Kriegsschauplatz. - Geschichtliches. - Die deutsche Sozialdemokratie und Elsaß-Lothringen. - Nach vierundvierzig Jahren. - Die wirtschaftliche Entwicklung. - Elsaß-Lothringen und Frankreich.
Preis 75 Pfennig

Austrägerinnen

für den „Vorwärts“
werden eingestellt in folgenden Filialen
Berlin: Prinzenstr. 31, Marknstr. 36, Petersburger Platz 4, Lausitzer Platz 14/15, Lindenstr. 3, Wilhelmshavener Straße 48.
Schöneberg: Meiningen Straße 2.
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.
Steglitz: Bernsee, Mommsenstr. 59.
Wilmersdorf: bei Schubert.
Ober-Schöneweide: Paul, Mathildenstr. 5.
Falkenberg: Salzmann, Gartenstadtstr. 10, für Alt-Glienicke.
Lichtenberg: Warsenberger-Straße 1 und Alt-Boxhagen 58.
Trepow: Gramenz, Kieholstr. 412.
Meldeszeit von 11 bis 1 1/2 Uhr und 4 1/2 bis 7 Uhr.

Die Friedensbesprechungen in Berlin.

Teilnahme des Generals Ludendorff.

Der Erste Generalquartiermeister, General Ludendorff, traf aus dem Großen Hauptquartier zu Besprechungen in Berlin ein. Die Besprechungen begannen gestern nachmittags. Die Formulierung der Antwort auf Wilsons Forderungen wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages erfolgen.

Die Lasten der Okkupation Polens.

Der polnische Regenschaftsrat an den Reichskanzler.

Warschau, 8. Oktober. Warschauer Blätter geben folgendes Telegramm des Regenschaftsrates an den deutschen Reichskanzler wieder:

„Der Regenschaftsrat des Königreichs Polen strebt immer danach, das Verhältnis des außerstandenen Königreichs Polen zu den benachbarten Deutschen Reich im Geiste der Gerechtigkeit und des gegenseitigen Verständnisses zu gestalten. Er begrüßt daher mit Befriedigung die in den Worten Eurer Großherzoglichen Hoheit enthaltene Ankündigung einer möglichst schnellen Beilegung der übrigen Lasten der Okkupation als bedeutenden Schritt auf diesem Wege. Möge es Eurer Großherzoglichen Hoheit gegeben sein, dem deutschen Volke einen dauernden Frieden nach dem Grundsatz der allgemein anerkannten Rechte aller Völker auf Selbstbestimmung und freie Entwicklung zu sichern.“

Der polnische Regenschaftsrat hat danach das gestern mitgeteilte Telegramm des Reichskanzlers im Punkte der Okkupation doch anders, nämlich als weitgehend ausgeführt, als der nachlaufende Kommentar des Wolffbüreaus.

Bolschewistische Amnestieerlasse.

Moskau, 7. Oktober. Pressemeldungen zufolge soll der bevorstehende Amnestieerlass alle Mitglieder der sozialistischen Partei einschließen, sowie diejenigen, die nicht nachweislich an der Weißgardistenverschwörung beteiligt waren, auch die meisten Menschewiken und einen Teil der rechten Sozialrevolutionäre.

Moskau, 8. Oktober. „Pravda“ meldet: Laut einer Denkschrift des tschekischen Nationalrates („Samarasche Zeitung“) ergab die Schaffung der freiwilligen Armee weder in Sibirien noch in der Gegend von Samara ein betrübendes Resultat. Nur die Mobilisierung unter den Kasakern und Kosaken war erfolgreich. Die Russen überließen den Tscheken die Kriegslast, statt die Heimat zu befreien. Die Tschekenkräfte lassen nach; die Frage ist natürlich, ob sie weiter kämpfen wollen.

Amsterdam, 9. Oktober. Reuter meldet aus Stockholm: Aus Petersburg wird mitgeteilt, daß der Generalpräsident Trepow, der frühere Polizeidirektor von Petersburg, erschossen worden ist.

Sieg der Bolschewiki an der Wolga.

Einnahme von Stavropol.

Moskau, 9. Oktober. (Mitteilung der Russischen Bolschewiki.) Stavropol ist am 8. Oktober von den Sowjettruppen im Kampf genommen worden. Der ganze Wolgastrom ist damit vom Feinde gesäubert.

Ukrainer Urteil über die deutsche Sozialdemokratie.

Nicht bolschewistisch, sozialistisch!

Kiew, 7. Oktober. Die „Nicoskaja Myš“ schreibt: Die Bolschewiki erklären die deutschen Sozialdemokraten für Verräter. Allerdings geben die deutschen Sozialdemokraten an, die Massen vom russischen Weg fernzuhalten. Statt dessen wird der Weg weitgehend sozialistischer Reformen beschritten werden, zu denen Deutschland durch seine hochentwickelte Struktur vorbereitet ist. Die Wandlungen in Deutschland sind zugleich eine Lehre, wie die Staatsgewalt in Erwartung innerer Schwierigkeiten handeln muß. Nicht Ruhe und dann Reform, sondern erst Reform und dadurch Ruhe.

Warum keine italienische Offensive?

Gabas gegen Sonnino.

Bern, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Borobäris“.) Angehts der Heise Sonninos nach Paris fällt folgende Gavadnote auf, die selbstverständlich nur im „Borobäris“ abgedruckt ist: Gewisse Stellen der Rede Orlandos könnten den Glauben erwecken, daß der italienische Ministerpräsident der Kammer sagte oder zu verstehen gab, wenn die italienische Front seit der Biadefschlacht keine Offensive unternähme, so darum, weil doch sie nicht forderte. Diese Interpretation ist offenbar falsch, da sie das Gegenteil der Wahrheit wäre.

Voraus zu schließen ist, daß doch eine Offensive der Italiener gefordert hat, die aber nicht unternommen wurde.

Der Eindruck der Friedensnote in Italien.

Bern, 8. Oktober. Der beste Beweis, für den ungeheuren Nachhall, welchen das Angebot des Waffenstillstandes durch die Zentralmächte bei der italienischen Bevölkerung gefunden hat, ist der gewaltige Propagandaapparat, der von Regierung und Presse dagegen in Bewegung gesetzt wird. Millionenfach wurden Manifeste verteilt, die das Volk zum Durchhalten auffordern. Alle vollstündlichen Redner wurden mobilisiert, um im ganzen Lande, besonders bei der Landbevölkerung, die friedensfreundliche Stimmung zu dämpfen und das Volk auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die Italien aus hartnäckigen, übermäßig friedenswilligen erwachsen könnten.

An erster Stelle veröffentlichten die italienischen Blätter eine Proklamation des General Diaz an das Volk. In geschickt gewählten Worten wird darin auf die Möglichkeit hingewiesen, daß Italien sich zu weiteren militärischen Anstrengungen bereit halten müßte, falls dem feindlichen Angebot nicht die nötigen Garantien folgten. Auch amerikanische Meldungen über Kriegshandlungen und Truppentransporte werden zur Stimulierung benutzt.

Unzureichende Mehrheit für den finnischen Verfassungsentwurf.

Helsingfors, 8. Oktober. Der in demokratischer Richtung gehörende neue Verfassungsentwurf der Regierung wurde heute im Plenum in dritter Lesung behandelt. Die Debatte dauerte mit kurzer Unterbrechung von 2 Uhr nachmittags bis gegen Mitter-

nacht. Bei der Abstimmung wurde die Frage der Dringlichkeit mit 74 gegen 83 Stimmen bejaht. Da die erforderliche fünfzehntel-Mehrheit somit nicht erreicht ist, kann die Vorlage während der gegenwärtigen Landtagsession nicht mehr zur Annahme gelangen. Ihre Vertagung bis zu einem aus Neuwahlen hervorgegangenen späteren Landtag wurde durch Zufall beschlossen. Die auf morgen 1 Uhr anberaumte neue Vollversammlung wird zur Frage der Königswahl auf Grund des § 98 der alten Verfassung von 1772 Stellung zu nehmen haben.

Die Schlacht in Frankreich.

Fransösischer Abendbericht vom 8. Oktober. Nordöstlich von St. Quentin haben unsere Truppen in Verbindung mit der britischen Armee heute morgen auf einer Front von zehn Kilometern angegriffen. Trotz hartnäckigen Widerstandes sind wir in die starken feindlichen Stellungen eingedrungen und haben bedeutende Fortschritte bewirkt. Fontaine d'Allerette und das Gebiet Bellecourt sind in unsere Hände. Wir trugen unsere Linien bis an die Süd- und Westausläufer von Esigny-le-Be-tin vor, eroberten den Wald südlich von Tillon, die Höhe 134, sowie das Dorf Roudron. Bis jetzt sind über 1200 Gefangene gemeldet, von denen ungefähr 500 im Gebiet Bellecourt gemacht wurden. An der Suippefront haben die Kämpfe den ganzen Tag über angehalten. Die Deutschen haben mächtige Anstrengungen gemacht, um uns aus den von uns auf dem Nordufer eroberten Stellungen herauszuwerfen. Ihre Vorgehensweise auf dem Brückenkopf von Orainville und die Panzergewalt wurden zurückgeschlagen. Weiter östlich hat der Feind mehrere Male versucht, uns aus Bagnacourt zurückzuwerfen, ohne daß es ihm gelang. Nördlich Arnes trugen französisch-amerikanische Truppen, von Tanks unterstützt, neue Erfolge davon. Sie drängten den Feind mehr als 8 Kilometer nördlich von Saint Pierre bis zur Arnes zurück. Auf dem rechten Seine-Ufer haben wir das Höhen-gelände nordöstlich von Autry genommen und die Südhänge von Sancyon wobei wir zahlreiche Gefangene machten.

Englischer Abendbericht vom 8. Oktober. Zwischen 4.30 und 5.10 Uhr heute früh griffen die dritte und vierte Armee an einer Front von etwa 20 Meilen zwischen St. Quentin und Cambrai an und rücken längs dieser ganzen Front in einer durchschnittlichen Tiefe von etwa drei Meilen vor. Die Nacht war stürmisch und regnerisch gemischt. Die Anstellung der Truppen war schwierig und der Angriff wurde unter heftig niederfallendem Regen vorgeworfen. Als der Angriff vorrückte, heulte sich das Wetter auf, was der weiteren Entfaltung der Operationen günstig war, die vom ersten Augenblick an völlig erfolgreich verliefen. Am äußersten rechten britischen Angriffsfügel warfen die 6. Division und eine Abteilung einer anderen englischen Division den Feind vom Gipfel des Höhenzuges südlich und östlich von Montreuil und nahmen den Weiler Beauregard, rechts im Zentrum nahm die 30. amerikanische Division, die Truppen aus Nord- und Südkarolina und Tennessee unter General Lewis umfaßt, Beauregard nach heftigem Kampf und weiter nördlich Fremont und vervollständigte damit ihren erfolgreichen Vormarsch von über drei Meilen, in dessen Verlauf sie zahlreiche Geschütze und Geschütze vom Feinde säuberte. Links von ihnen machten englische, schottische und irische Truppen einschließlich der Truppen der 25. und 68. Division gleiche Fortschritte und nahmen am frühen Morgen das Dorf Servain. Im Zentrum durchdrangen englische und walisische Truppen der 38. und 21. Division das als

Beauregard-Roadster-Linie

bekanntes deutsche Verteidigungssystem und nahmen Malincourt und die Grabenlinie westlich Malincourt. Hartnäckiger Widerstand wurde von starken feindlichen Abteilungen mit Maschinengewehren in Billers-Autreau geleistet. Nach hartem, eine Zeitlang andauerndem Ringen setzten sich walisische Truppen in den Besitz des Dorfes. Links im Zentrum durchdrangen die 37. und eine neuseeländische Division ebenfalls die Beauregard-Roadster-Linie und rücken nach Osten über sie hinaus vor. Neuseeländische Truppen führten am frühen Morgen Leddins an und nahmen in weiterem Vordringen Eones. Am linken Angriffsfügel fanden die Truppen der 8. und 38. Division in hartem Kampf um Seranvillers und Riergnies und längs der Linie der Straße Eones-Cambrai. In diesem Abschnitt unternahm der Feind einen starken Gegenangriff, wobei er zur Unterstützung seiner Infanterie Tanks benutzte. Nachdem er unsere Truppen eine kurze Strecke zurückgedrängt hatte, wurde der Gegenangriff zum Stehen gebracht. Die feindlichen Tanks wurden außer Betrieb gesetzt. Unsere Truppen nahmen Seranvillers und Riergnies in Besitz und nahmen ihren Vormarsch wieder auf. Nördlich der Scarpe vervollständigten sie die Einnahme des als Frednes-Kourouh-Linie bekannten deutschen Grabensystems von der Scarpe bis über Oppy hinaus und nahmen Frednes-le-Montauban und Neuvireuil. Mehrere tausend Gefangene und zahlreiche Geschütze wurden bei diesen erfolgreichen Operationen eingebracht. Der Fortschritt dauert auf der ganzen Front an.

Amerikanischer Abendbericht vom 8. Oktober. Wir nahmen Cernay und setzten in hartnäckigem Ringen unseren Vormarsch im Argonnenwald fort. Franzosen und Amerikaner mochten südlich der Maas einen glänzenden Angriff in der Umgebung des Caures- und des Haumont-Waldes. Sie besetzten Consoy, Orabant, Haumont und Beaumont und warfen den Feind weit über diese Ortschaften zurück. Wir drängen in Zusammenwirken mit den Franzosen wiederholt der Maas den Feind von dem Schauplatz der vergeblichen Kämpfe um Verdun zurück. Wir machten über 3000 Gefangene. Die Franzosen erbeuteten 18 schwere Grabenmörser.

Beirut von den Türken geräumt.

Konstantinopel, 8. Oktober. Tagesbericht. Palästina: Der Feind ist auch gestern nicht über die allgemeine Linie Beirut-Jable vorgeedrungen. Sonst keine Beschießung. Von den anderen Fronten nichts Neues.

London, 8. Oktober. (Reuter.) Palästinabericht. Am Nachmittag des 6. Oktober wurden Jable und Kefal, die 83 km. 30 Meilen nordwestlich Damaskus liegen, von unserer Kavallerie besetzt. Kefal ist der Punkt, wo die feindliche Kreisbahn von Norden in das 1,05mtrige Bahnsystem von Palästina einmündet. Dieses letztere System ist deshalb vollständig in unseren Händen. Eine beträchtliche Menge von Rollen Material, Munition, und Bionietvorrichtungen wurde erbeutet. Die Eisenbahnstation und das Mörserlager waren vor der Mündung durch den zurückziehenden Feind in Brand gesteckt worden. Im Stützpunkt hat der Feind Beirut geräumt und ist nach Norden zurückgegangen. Siada wurde am 7. 10. ohne Widerstand von unseren Truppen besetzt.

Neue Auflage der Schweizer Kriegskener. Der Nationalrat nahm in der Schlussabstimmung mit 95 gegen 48 Stimmen die Vorlage zur Wiederholung der Kriegskener an.

Horvat in Charbin verhaftet. Stockholm, 8. Oktober. Der frühere Ministerpräsident Horvat ist laut Berichten aus Wladivostok in Charbin verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte auf Befehl der japanischen Behörden.

Russische Kriegsschiffe den Deutschen überlassen. Das russische Minierschiff „Wolga“, eines der Schiffe der Karibia-Klasse und erst während des Krieges erbaut, sowie mehrere Torpedoboote, gleichfalls neuesten Datums, sind im Einverständnis mit der Moskauer Regierung von Deutschland besetzt und in Dienst gestellt worden.

Der Wechsel im Kriegsministerium.

Scheuch für Stein.

WTW meldet: Wie wir hören, ist der Kriegsminister, General der Artillerie v. Stein, auf seinen Wunsch von seinem Amte als Staats- und Kriegsminister entbunden worden. Gleichzeitig ist er zum Chef des Feldartillerie-Regiments Nr. 33 ernannt. Ueber seine weitere Verwendung ist Bestimmung noch nicht getroffen. In seinem Nachfolger ist der Chef des Kriegsamts, Generalmajor Scheuch, unter Beförderung zum Generalleutnant bestimmt.

Die „Germania“ schreibt: „Der Rücktritt des Kriegsministers v. Stein ist auf den Kampf zurückzuführen, den er in seinem Amte gegen den Verständigungs-frieden geführt hat und der u. a. in seinem bekannten Geheimrat Klaren Ausdruck fand. Derartige politische Anschauungen sind natürlich mit dem neuen Regierungssystem und seinem Kurs unvereinbar.“

Ein Schritt zur Autonomie Elsas-Lothringens.

Dem Statthalter von Elsas-Lothringen, v. Dallwig, ist die nachgesuchte Entlassung erteilt worden. Als Nachfolger werden Unterstaatssekretär v. Grenken und der Strahburger Oberbürgermeister Schwaner genannt. Zugleich soll die Regierung parlamentarisiert werden. Abgeordneter Hauch ist zum ersten parlamentarischen Staatssekretär ausersehen.

Sturz des sächsischen Vierklassenwahlrechts.

Wahlrecht auf breiter Grundlage.

Dresden, 9. Oktober. Die „Sächsische Staatszeitung“ meldet: Unter dem Vorbehalt des Königs und in Gegenwart des Kronprinzen fand heute eine Sitzung des Gesamtministeriums statt. In ihr wurde als Tag der Einberufung des verordneten ordentlichen Landtags der 28. Oktober festgesetzt und das Ministerium des Innern mit der Ausarbeitung einer Verfassungsurkunde beauftragt, die das bestehende Landtagswahlrecht zur Zweiten Kammer durch ein solches auf breiter Grundlage ersetzen soll. (Siehe auch Beilage!)

Basche?! Nach einer Meldung des „Berl. Boten“ soll die Ernennung des nationalliberalen Abg. Basche zum preussischen Landwirtschaftsminister geplant sein. Diese Nachricht dürfte sich aber ganz entschieden als vollständig falsch erweisen.

Verfestigung des Gefangenenandrangs mit Frankreich. Wie bereits angekündigt wurde, ist am 7. Oktober ein Austausch mit 500 Zivilinternierten aus Frankreich eingetroffen. Er brachte u. a. die Deutschen, die vor Kriegsausbruch in Marokko anfang waren und nun endlich aus französischer Hand befreit sind. Es ist zu hoffen, daß trotz der immer wieder auftretenden Schwierigkeiten der allgemeine Austausch der Zivilinternierten im Laufe der Zeit ganz durchgeführt werden wird. Von seiten der deutschen Regierung geschieht dauernd alles, um dies Ziel zu erreichen.

Letzte Nachrichten.

Genderson für eine Verständigung mit Deutschland.

Basel, 9. Oktober. Nach einem Pariser Havosbericht hatte der Korrespondent des „Grenzboten“ ein Interview mit Genderson, der ihm erklärte: Es sei dringend notwendig, von seiten der Alliierten die Friedensbedingungen festzulegen. Er sprach die Ansicht aus, daß man den Kampf mit Deutschland nach dem Kriege nicht fortsetzen sollte. Genderson stimmt mit Wilson darin überein, daß das richtige Mittel, Deutschlands unerschütterlich zu machen, darin bestehe, es in den Bund der Nationen aufzunehmen, wenn der deutsche Militarismus niedergezungen und ein wirkliches demokratisches System eingeführt sei.

Die Sitzung der französischen Kammer.

Paris, 8. Oktober. (Gabas.) Die Kammer tagte heute zum erstenmal seit dem Tage, an dem das Angebot der Mittel-mächte an Wilson veröffentlicht wurde. Die Abgeordneten fanden sich zahlreich im Palais Bourbon ein. Die Unterhaltung wurde weniger über die militärischen Vorgänge gepflogen, als über die durch den kürzlichen österreichisch-deutschen Schritt geschaffene Lage. Abgesehen von sehr seltenen Ausnahmen wurde ein- und dieselbe folgende Meinung mit eindringlicher Kraft zum Ausdruck gebracht: „Es ist keine Verhandlung möglich, solange der Feind nicht die unbestreitbaren Bürgschaften für seine Aufrichtigkeit gegeben hat und ohne Vorbehalt und Einschränkung alle Bedingungen Wilsons annimmt.“ Die Entschlossenheit der Abgeordneten in dieser Hinsicht ist unbedingte. Sie sind in solchem Maße von der Notwendigkeit einer solchen Haltung überzeugt, daß sie ohne Anbiederung, aber mit der Sicherheit, nicht getäuscht zu werden, die Antwort Wilsons erwarten. Gegen fünf Uhr ging Clemenceau mit freudigem Gesicht eilig durch die Wandelhalle. Er wurde über die Lage befragt: „Neh bringe nichts“, sagte Clemenceau, „ich komme aus dem Ministerium des Wahrens, wo ich an der internationalen Konferenz teilgenommen habe.“

Englischer Abendbericht vom 9. Oktober, nachmittags.

Die dritte und vierte Armee haben den Angriff auf Bohin wieder aufgenommen und nach überaus Fortschritte gemacht. Wir machten gestern achttausend Gefangene.

Fransösischer Abendbericht vom 9. Oktober, nachmittags. Im Laufe der Nacht nahmen die Franzosen in der Gegend südlich von St. Quentin die deutschen Stellungen zwischen Harly, Neubille und St. Amand, die erbittert verteidigt wurden. Sie überflügelten dieses Dorf vom Norden her. Der Artilleriekampf war heftig südlich der Oise und an der Suippefront. Nördlich der Arnes versuchten die Deutschen, unsere Gewinne von gestern aufzuheben, die Versuche scheiterten unter schweren Verlusten für sie. Die Zahl der in den gestrigen Kämpfen an der Arnes-Front gemachten Gefangenen übersteigt 600.

Der Aufruf des polnischen Regenschaftsrates.

Wien, 9. Oktober. Die „Neue Freie Presse“ erfährt, in unterrichteten Kreisen Wiens herrsche die Auffassung, daß durch die in der Proklamation des Regenschaftsrates an das polnische Volk eingeleitete Aktion jene Linie eingehalten werde, welche Czernin und Burian wiederholt anstreben, nämlich die Entwicklung der polnischen Politik auf Grund der Selbstbestimmung des Polenvolkes. Man erklärt in diesen Kreisen weiter, daß wir gegen diesen Schritt nichts einzuwenden haben, ihn sogar begrüßen. Diese Entschlossenheit präjudiziere in keiner Weise der österreichisch-polnischen Lösung, weil es ja dem polnischen Landtage freistehen werde, diese Lösung zu beschließen.

Die Grippe in Wien.

Wien, 9. Oktober. Wegen der gefährlichen Erkrankungen an der spanischen Grippe verfuhr der Landesökonomrat die Schließung aller ihm unterstellten Schulen und Lehranstalten in Wien und Umgebung bis zum 20. Oktober.

Gewerkschaftsbewegung

Zum 7. Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands.

Der ordnungsmäßige Verbandstag der Steinarbeiter war schon für das Jahr 1916 fällig; unter dem Vorzeichen des Krieges wurde er damals vertagt. Der zuletzt stattgefundene Verbandstag hatte die Einführung eines neuen Statuts beschlossen mit einer anderen Beitragsregelung und der Einführung der Arbeitslosenunterstützung als neuem Unterhaltungsweig. Die am 1. Juli 1914 in Kraft getretenen Neuerungen wurden in Anpassung an die Verhältnisse der Vorkriegszeit vom 2. August 1914 zum Teil wieder außer Kraft gesetzt, Vertrags- und Unterhaltungsweigen auf eine andere Basis gestellt. Jetzt geht der Verband aufs neue ans Werk, inneres Gefüge und Einrichtungen den Anforderungen der gewandelten Verhältnisse anzupassen.

Kaum einem anderen Verband bereifete der Krieg so schwierige Verhältnisse, wie dem Verband der Steinarbeiter. Der über die Jahre 1914/15 sich erstreckende Geschäftsbericht gibt die Mitgliederzahl bei Arbeitslosigkeit auf 897 an; davon wurden zum Greßteile einbezogen: 23.000, gleich etwa 78 Proz. Von den im Zentralbureau beschickten Personen kamen fünf zur Einziehung, von den sieben befristeten Gauleitern fünf, von den angestellten Lokalbeamten acht, in einer Anzahl Poststellenverwaltungen waren die Einkommnisse so stark, daß die Abstellungen geschlossen wurden. Unter solchen Umständen schmolz die Mitgliederzahl des Verbandes stark zusammen. Die am meisten vorkommenden Todesursachen sind Erkrankungen der Lunge, Tuberkulose, Entzündungen des Halses, Nieren-, Hirnkrankheiten; 80 Proz. der Todesfälle fielen auf ihr Konto. Aber die Zukunftsaussichten des Verbandes sind gesund. Der Gesamtverdienststand des Verbandes betrug auch am Ende des Jahres 1917 noch 691.832 M., davon 528.742 M. in der Zentralkasse. Das Interesse am Verbandleben ist bei den Kriegsteilnehmern ein recht lebhaftes. Einmalige Lohnkämpfe fanden nur statt bis zum Ausbruch des Krieges. Von Januar bis August 1914 wurden 13 Anträge, 11 Abwehrkreise und 9 Ausperrungen geführt mit 8481 Beteiligten. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden 22 durchgeführt für die Jahre des Krieges sind Verbesserungen hauptsächlich nur in Form von Teuerungszulagen bei der Verlängerung der Tarife vereinbart worden. Mit Genehmigung der Reichsregierung, die unter den heutigen internationalen Gewerkschaftssekretariaten, die der Perfidie des Krieges widerstanden und verhältnismäßig gut funktionierten, sich das der Steinarbeiter befand.

Der Verbandstag hat eine reiche Arbeit. Dazu gehört insbesondere neben der Revision des Beitragsweises der Entwurf eines großzügigen Arbeitsprogramms: Innere Unterhaltungsleistungen, Kriegsbeschädigtenfürsorge, nationale Erhebungen, Tarif- und Lohnweien, Lehrlingswesen, Arbeitsvermittlung, Wahrung der Preisgattungen, Wohnungsverhältnisse, Förderung der Steinindustrie, Arbeiterschutz, Förderung von Arbeiterkongressen. Die aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen sollen den Verband in voller Arbeit am Neuaufbau finden.

Wir werden über die Tagung berichten.

Generalversammlung der Maschinisten und Seizer.

Nach dem Geschäftsbericht, den Jacobi in der Generalversammlung des Verbandes der Maschinisten und Seizer, Geschäftsstelle Groß-Berlin, erhaltete, haben sich die Versicherten, die Mitgliederzahl könne wegen der am 1. Mai stattgefundenen Beitrags-erhöhung zurückgehen, als irrig erwiesen. Der Markenumlauf des zweiten Quartals beweist, daß schon eine erhebliche Mitgliederzunahme stattgefunden habe. Der Erfolg wäre noch größer gewesen, wenn in Bezug auf Organisation und Agitation die Funktionen ihre Pflicht getan hätten.

Das verfliegene halbe Jahr habe wiederum im Zeichen der Lohnbewegungen gestanden. In 65 Betrieben sei es gelungen, nennenswerte Lohnaufbesserungen zu erzielen, die im wesentlichen umher 20.000 M. ausmachten. Auch wurde erreicht, daß in einigen Privatbetrieben neben den laufenden Teuerungszulagen einmalige Zulagen gezahlt wurden.

Die Kollegen der städtischen Elektrischen Werke haben durch den Arbeiterausschuß den Antrag auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gestellt. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberausschuß resp. der Organisationsleitung sind noch nicht abgeschlossen. Des weiteren sei an die Direktion resp. den Magistrat herangetreten worden, daß bezüglich der einmaligen Teuerungszulage die Arbeiterchaft der Werke der Klasse IV der Beamten gleichgestellt werden möge.

Für Stetigkeit sei auf Wunsch der dort wohnenden Kollegen ein neuer Zahlbezug eingerichtet worden.

In dem Maße sei die große Anzahl von unorganisierten Kollegen in den verschiedenen Betrieben. Hier müsse jeder einzelne Kollege besser wie bisher seine Pflicht tun. Bedauerlich ist auf die große Gefahr hin, die in diesem Verhältnis bei kommenden Lohnkämpfen liegt. Auch müsse seitens der Bezirksleiter streng darauf geachtet werden, daß die rückständigen Kollegen schleunigst ihre Beiträge begleichen. Man könne nicht wissen, was die nahe Zukunft bringe.

Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß durch die Beitragserhöhung sich die finanzielle Lage bedeutend verbessert hat.

Reiner beschäftigte sich die Versammlung mit dem im Januar stattgefundenen außerordentlichen Verbandstage. Die Versammlung beschloß, am 17. November eine außerordentliche Mitgliederversammlung abzuhalten mit der Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zum Verbandstag; 2. Wahl der Delegierten. Als Delegierte schlug die Versammlung die Kollegen Schmidt, Jacobi, Rood und Vax vor.

Die Lohnbewegung der Bankbeamten.

Nachdem kürzlich eine große Versammlung der Bankbeamten Berlin die Forderung aufgestellt hatte: Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage von 2000 M. und Verdoppelung der festen Gehälter, haben einzelne Großbanken eine Aufbesserung der Löhne ihrer Angestellten bewilligt. Das Bewilligte bleibt jedoch hinter den Forderungen so weit zurück, daß sich die Angestellten auf keinen Fall damit zufrieden geben können.

Die Deutsche Bank hat die festen Gehälter um 50 Proz. erhöht, dafür sollen aber alle bisher gewährten Zulagen fortfallen. Auf diese Weise ergibt sich als wirkliche Gehaltsaufbesserung ein so winziger Betrag, daß von einer Besserstellung, die den Teuerungsverhältnissen auch nur einigermaßen gerecht wird, keine Rede sein kann.

Die Diskontogesellschaft hat die bisherigen Teuerungszulagen um 50 Proz. erhöht. Auch das befriedigt die berechtigten Wünsche der Angestellten bei weitem nicht.

Die Dresdener Bank will nur den männlichen Angestellten Zulagen gewähren, und zwar den Verheirateten 25 Proz., den Ledigen 15 Proz., die weiblichen Angestellten sind völlig übergangen, sie bekommen nicht die geringste Aufbesserung ihrer Gehälter.

Western nahmen drei Versammlungen der Angestellten der genannten Banken zu der Angelegenheit Stellung.

Zuerst tagte eine Versammlung des weiblichen Personals der Dresdener Bank. Sie protestierte entschieden gegen die Bevorzugung der weiblichen Angestellten und verlangte entsprechende Berücksichtigung bei der Gewährung von Gehaltszulagen.

Am Abend folgten dann zwei stark besuchte Versammlungen, je eine für die Angestellten der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft. Sie erklärten, daß ihnen die von den Direktionen gewährten Zulagen nicht genügen.

Alle drei Versammlungen beauftragten die Angestelltenausschüsse in Verbindung mit einer Vertretung der Organisation, die kürzlich in der großen Versammlung aufgestellten Forderungen den Direktionen einzureichen und mit ihnen darüber zu verhandeln.

Ueber die Inschrift der Firma O. Binnow, die wir in der Dienstadtnummer veröffentlichten, äußert sich jetzt noch einmal unser Gewährsmann. Er schreibt uns:

Wie Sie in der Schlussnote angeben, haben Sie keinen Zweifel daran, daß der Bericht des Kriegsausschusses die Verhandlungen richtig wiedergegeben hat.

Ich möchte nicht verfehlen, Ihnen noch ausdrücklich zu bestätigen, daß der Bericht in allen Punkten der Behandlung entspricht und daß ganz besonders die von der Firma bestrittene Sache durchaus zutrifft.

Wir haben an den anwesenden Vertreter der Firma nicht einmal, sondern mehrmals die Frage gestellt, ob denn die Behauptung, daß ein Herr aus einem königlichen Betriebe in Spandau anwesend war, zutrifft oder nicht, und auf unsere mehrmaligen Vorhaltungen hat er immer wieder bestätigt, daß ein Herr von Wumba oder von den königlichen technischen Instituten in Spandau anwesend war, der sich über die hohen Löhne beschwert und verlangt habe, daß die Verdienste geschmälert werden sollen, denn sonst konnte doch unmöglich im Kriegsausbruch festgestellt werden, wie es tatsächlich geschehen ist, daß die Firma selbst an der Herabsetzung der Akkordsätze keinerlei Interesse habe.

Parteinachrichten.

Einen schweren Verlust hat die Braunschweiger Arbeiterbewegung erlitten. Georg Bornemann, einer der treuesten Kämpfer im Partei- und Gewerkschaftsleben ist einer längeren Krankheit erlegen. Bornemann gehörte zu denen, die mit allen Fasern ihres Herzens an der Arbeiter Sache hingen. Die Braunschweiger Arbeiterchaft dankte es ihm, indem sie den Rimmermäiden auf verbleibende Vertrauensposten berief. Wie der Braunschweiger „Volkstreue“ erwähnt, war es im wesentlichen Georg Bornemanns Werk, daß das „Volkstreue“-Unternehmen der alten Partei erhalten blieb. Er war Mitglied des im Gesellschaftsvertrage vorgesehenen Schiedsgericht.

Die Haltekinder im Jugendfürsorge-gesetzentwurf.

Das Haltekinderwesen war bisher ausschließlich durch die verschiedensten Polizeiverordnungen geregelt. Nunmehr soll es für das ganze Staatsgebiet einheitlich geordnet werden. Das ist freilich erfreulich, denn die bisherige Aufsicht über die Haltekinder genügte nicht. Zumeist war die Erlaubnis zum Halten von Haltekindern und die Kontrolle derselben nur vorgeschrieben für die entgeltliche Pflege. Solche Elemente, die die Aufsicht zu scheuen haben, entzogen die Kinder dieser dadurch, daß die Kinder in unentgeltliche Pflege kamen. Die Kinder wandern hin und her, und eine gleichmäßige Aufsicht tritt gerade bei den am meisten gefährdeten nur flüchtig und vorübergehend ein. Aber auch die Erlassung nur für bestimmte Gebiete gültiger Polizeiverordnungen zum Schutze der Haltekinder bewirkte in vielen Fällen nicht den erhofften Erfolg. Selbst nicht bei den in entgeltlicher Pflege befindlichen Kindern. Wo die Aufsicht über das Haltekinderwesen ver-

bessert wurde, führte das stets dazu, daß man sie an solchen Orten unterbrachte, wo solche schärfere Bestimmungen nicht galten, oft in nächster Nähe der Grenze einer solchen Polizeiverordnung. Wollte man solchen Elementen zuleibe gehen, zeigte sich, daß es dazu an den erforderlichen Handhaben fehlte. Diesen Mängeln will nun der preussische Jugendfürsorge-Gesetzentwurf dadurch ein Ende bereiten, daß er das Haltekinderwesen einheitlich regelt. Er schreibt vor, daß berienige, der fremde noch nicht sieben Jahre alte Kinder, und zwar uneheliche Kinder gegen oder ohne Entgelt, eheliche Kinder gegen Entgelt in Kost und Pflege nehmen will, der vorgängigen Erlaubnis des Jugendamtes, in dessen Bezirk er wohnt, bedarf. Die Erlaubnis soll grundsätzlich nur an weibliche Personen und nur für höchstens zwei Kinder erteilt werden; doch sollen Ausnahmen möglich sein. Die Erlaubnis soll erlöschen bei jedem Wohnungswechsel der Haltekinder und wenn seit Abgabe der letzten Haltekinder oder seit der Erteilung der Erlaubnis, ohne daß inzwischen ein Haltekinder aufgenommen worden ist, ein Jahr verstrichen ist. Die Erlaubnis kann widerrufen werden, wenn das geistige oder leibliche Wohl der Kinder durch die Unterbringung gefährdet erscheint. Die Haltekinder hat unbeschadet der sonst geüblichen oder polizeilichen Anzeigen die Aufnahme und die Abgabe eines Haltekindes innerhalb drei Tagen, den Tod eines Haltekindes unverzüglich, spätestens am darauffolgenden Tage dem Jugendamt anzuzeigen. Die Verdingung der Haltekinder eines Haltekindes darf nur mit Erlaubnis des für den Sterbort zuständigen Jugendamtes erfolgen.

Die vom Jugendamt mit der Aufsicht über die Pflege der Haltekinder beauftragten Personen sind berechtigt, jederzeit die Wohnung der Haltekinder zu besichtigen und zu verlangen, daß ihnen über die Verhältnisse der Kinder, insbesondere über dessen Unterbringung, Ernährung und Pflege Auskunft erteilt wird, sowie daß das Kind ihnen oder einem von ihnen bezeichneten Arzte zur Prüfung seines Gesundheitszustandes vorgeführt wird. Diese letzte Vorschrift soll auch Anwendung finden auf uneheliche Kinder im Alter bis zu sieben Jahren, die bei ihrer Mutter zur Pflege untergebracht sind.

Für Einhaltung dieser Vorschriften wird mit Geldstrafen, die im Einzelfalle bis zu 1000 M. hinaufgehen können, wirksam zu machen verucht.

Das Schulalter der Kinder ist in diesem Entwurfe von sechs Jahren, wie es bisher in den Polizeiverordnungen festgesetzt war, auf sieben Jahre festgelegt. Bisher meinte man, daß das sechste Lebensjahr genüge, weil dann die Schulpflicht beginnt. Die Hinausschiebung wird mit der Tatsache begründet, daß sich gerade unter den unehelichen Kindern, die die große Mehrzahl der Haltekinder bilden, eine größere Anzahl befindet, die wegen mangelnder Körperlicher oder geistiger Entwicklung erst nach vollendetem siebenten Lebensjahre zum Schulbesuche herangezogen werden. Das ist durchaus begründet. Wir meinen jedoch, daß die Altersgrenze von sieben Jahren keineswegs genügt. Die Hoffnung, daß durch die Bekr eine ungenügende Pflege der Kinder bekannt werden würde, ist recht problematisch. In den Großstädten kann sich kaum ein Lehrer um das Wohl der Kinder außerhalb der Schule so kümmern, wie es von ihnen selbst gewünscht wird. Es ist daher zu fordern, daß alle Unehelichen unter 14 Jahren und die ehelichen Kinder bis zu diesem Alter, wenn sie sich gegen Entgelt oder bei Personen, die Kost und Pflege gewerbs- oder gewohnheitsmäßig gewähren, in fremder Pflege und Kost befinden, als Haltekinder im Sinne des Entwurfs zu gelten haben. Weiter auch meinen wir, daß das Jugendamt berechtigt sein muß, bei solchen ehelichen Kindern, bei denen weder Entgeltlichkeit noch Gewerbs- oder gewohnheitsmäßigkeit der Pflege vorliegt, die Vorschriften über das Haltekinderwesen zur Anwendung zu bringen. Erst bei einer solchen Regelung dürfte allen berechtigten Ansprüchen Rechnung getragen sein.

Auch hier zeigt sich wieder die Notwendigkeit einer reichs-gesetzlichen Regelung der Jugendfürsorge, denn wenn die hier besprochenen Vorschriften Gesetz werden sollten, würden sicher eine Reihe von Kindern außerhalb Preußens gebracht werden, lediglich um sie den Kontrollvorschriften zu entziehen.

Jugendveranstaltungen.

Die Jugendkonferenz für Groß-Berlin findet nunmehr am kommenden Sonntag, dem 10. März, im Jugendheim Berlin, Lindenstraße 3, statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kern: Die gegenwärtige Jugendbewegung, des Genossen Weimann: Die gegenwärtige Situation; Diskussion. Das Erscheinen aller Jugendausläufer, Mitglieder und Funktionäre des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin ist notwendig. Auch die örtlichen Parteigruppen werden ersucht, Vertreter zu dieser wichtigen Konferenz zu entsenden.

Verein Arbeiterjugend. Abt. Neukölln. Morgen, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Berliner Str. 36/37: Vortrag des Herrn Rißke: Die Mutter Sonne und ihre Kinder.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutsche bis Freitag mittag. Zunächst zeitweise neblig, sonst trocken und viellicht, in der Nacht zu Freitag Kälteperiode Frost, in den Mittagsstunden ziemlich mild, später im Westen zunehmende Bewölkung und wieder etwas Regen.

Verantwortlich für Politik: Erich Bauer, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Engel, Neukölln, für den übrigen Teil des Blattes: Berlin: Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H. Berlin, Druck: Verlags-Verlag G. m. b. H. Berlin, Verlagsbank: Carl Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3, 1. Stock, 1. Etage und Unterhaus.

A. WERTHEIM

Wirtschafts-Artikel		Emaile	
Borstenbesen	6.25 bis 9.00	Brotschneidemaschinen	21.75 27.00
Hand, eger Borsten	2.40 4.75	Tellerwagen	15.00 15.50
Schrubber	3.0 4.50	Messcrputzer	3.20
Schauerbürsten	1.25 3.20	Gassparringe	2.00 2.25
Strassenbesen	4.50 7.75	2 Gaseisen mit Erhitzer	22.50
Blankbürsten	1.40 3.20	Kohleneisen	7.00 7.25 7.50
Schmutzbürsten	1.60 2.00	Horzspalter	0.90
Markttaschen	2.00 3.25	Ofenvorsetzer	2.70 4.00
Fussmatten	2.00 3.00 4.00	Gasöfen	31.50 63.00 76.50
Wärmflaschen	5.25 bis 8.25	Leibwärmer	3.60 4.00
Küchenwärmer „Mollig“	1.60	Kohlenschaufeln	0.90 bis 2.20
Feuerzangen	0.90 1.60	Springformen	1.60 2.30
Brotbüchsen lackiert	21.75	Topfeiniger	0.60
Kaffee- u. Zuckerdosen	0.90 1.25	Fleischteller	3.20 bis 5.75
Se affinerkannen	1.80 3.60	Kumm u	0.95 2.70
Kaffeeflaschen	0.90 2.00	Kaffeekannen	1.30 4.25
Zuckerdosen	1.15 2.00	Kaffeeamaschinen	6.00 9.00
Kaffeeamaschinen	6.00 9.00	Kinderteller	0.95
Bohnerwachs	2.50	Teller flach	0.65 bis 1.00
Wäschetrockner	2.50	Teller tief	0.65 0.80
Schranzspapier blau	1.35	Terrinen	11.00 15.00
Butterbrotpapier in Rollen	1.15	Buniförmchen	5.25 6.00
Holz-Wandkafceinuh en	18.00	Schüsselöffel	0.70 1.10
Nudelrollen	1.80	Gemüseöffel	1.00 1.20
Waschbretter	3.20 3.50	Leuchter	0.90
Papierhalter	2.00	Seifennäpfe sortiert	1.00 bis 1.90
Wäscheleinen	6.50 bis 13.00		

Umzugs-Artikel reichlich sortiert		Emaile		Vollständ. Küchen in großer Auswahl	
Ringtöpfe	2.25	Pfannen rund mit 2 Griffen	1.00 bis 5.75	Fleischteller	3.20 bis 5.75
Maschinentöpfe	0.20 2.70	Pfannen oval mit 2 Griffen	2.00 4.50	Se affinerkannen	1.80 3.60
Kasserollen ohne Ring	2.0 3.60	Stieplannen	1.35 2.40	Kumm u	0.95 2.70
Krüge konisch	4.75 7.75	Schüsseln flach	0.65 1.45	Kaffeeflaschen	0.90 2.00
Teigschüsseen	3.25 4.50	Schüsseln tief	2.50 3.00	Kaffeekannen	1.30 4.25
Einzer	1.65 2.70	Gemüseschüsseen oval	0.80 1.05	Zuckerdosen	1.15 2.00
Kochkesseltöpfe	10.00 10.80 11.25	Gemüseschüsseen eckig	0.90 1.00	Kaffeeamaschinen	6.00 9.00
Wasserkoccl	2.00 6.00	Fache Töpfe mit 2 Griffen	15.25	Kinderteller	0.95